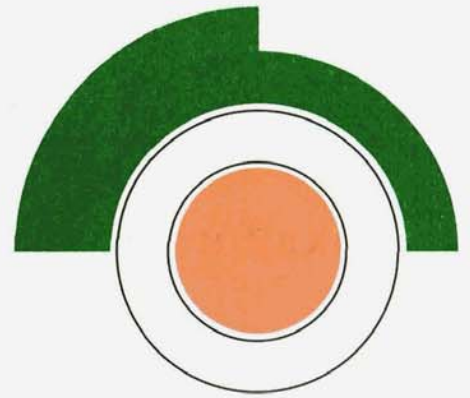


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 8



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 28. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 13.5.1997

## WORT UND WIDERWORT

### Ist das Zwei-Säulen-Modell beim Lokalfunk gescheitert?

Daß sich in einer rasant verändernden Medienlandschaft publizistische Wettbewerbssituationen und wirtschaftliche Rahmenbedingungen veränderten, liege auf der Hand. Daraus ergäben sich für die 45 „local heroes“ in NRW immer wieder neue Herausforderungen. Strategiegespräche und die vorgelegte Programmreform zeigten ganz deutlich: Veranstaltergemeinschaften und Betriebsgesellschaften, ihre Organisationen und radio NRW setzten auf das Zwei-Säulen-Modell und damit auf das Lokale. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Marc Jan Eumann**. Die CDU-Abgeordnete **Ruth Hieronymi** betont, die CDU werde sich in den kommenden Beratungen dafür einsetzen, daß alle Blockaden, die dem Lokalfunk durch Gesetz und Praxis in den Weg gelegt worden seien, und die ihn hinderten, am Wettbewerb mit dem WDR gleichberechtigt teilzunehmen, aus dem Weg geräumt würden. Dafür sei aber erforderlich, daß die SPD ihr Engagement für den Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen verbessere. Der GRÜNE-Abgeordnete **Roland Appel** betont, aus Sicht seiner Fraktion gebe es nur eine Erfolgsperspektive: Stärkung und Weiterentwicklung der Originalität des Lokalradios. Es sollte mehr in die journalistische Qualität der Lokalberichterstattung investiert werden, das heiße Aus- und Fortbildung der Beschäftigten, soziale Absicherung und hinreichende Besetzung von Redaktionen; mehr Kreativität und Frechheit, weniger Bürgermeister-Rundfunk. Es gebe Lokalsender, die das beherzigten und erfolgreich arbeiteten. (Seite 2)

### Mitgeschöpf darf nicht Schmerzen ausgesetzt werden Tiere durch Gesetze geschützt

Das Tier gilt seit 1990 nicht mehr als Sache im Sinne des Zivilrechts. Das Bürgerliche Gesetzbuch stellt fest, daß Tiere durch besondere Gesetze geschützt würden.

Darauf verweist Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Dr. Annemarie Schraps und Anne-Hanne Siepenkothen.

Die neue Vorschrift im Paragraphen 90 a BGB beruht nach Angaben der Ministerin auf dem Gedanken, daß das Tier als Mitgeschöpf nicht der Sache gleichgestellt werden dürfe. Durch die Formulierung der Vorschrift erhielten die bestehenden Schutzvorschriften, besonders des Tierschutzgesetzes, ein neues Gewicht. Sie schränkt ein, die Einfügung in das BGB bedeute indessen nicht, daß Tiere nicht mehr von den Vorschriften des Strafgesetzbuches, z.B. bei Diebstahl, erfaßt würden.

Auf die Frage der CDU-Politikerinnen, welche Strafverfolgung bei Vergehen möglich sei, berichtet Frau Höhn, für den Vollzug des Tierschutzgesetzes seien in NRW die Kreisordnungsbehörden und Bezirksregierungen zuständig.

Nach den Vorschriften sei es u. a. verboten, einem Tier Leistungen abzuverlangen, denen es nicht gewachsen sei oder es unter Schmerzen auszubilden (Drs. 12/1982).



Auf geht's!

Zeichnung: Heidemann (Westdeutsche Zeitung)

## Die Woche im Landtag

### Startbahnverlängerung

In öffentlicher Sitzung schloß sich die SPD im Verkehrsausschuß dem CDU-Antragsanliegen an, der Landtag halte an Startbahnverlängerung fest. (Seite 3)

### Bildung

Die Nachfrage nach politischer Bildung ist ungebrochen. Das bekräftigte der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Wichert, im Hauptausschuß. (Seite 5)

### Flughafenbrand

Auf der Grundlage des Sachverständigenberichts setzt die Staatsanwaltschaft forciert ihre Ermittlungen nach Verantwortlichen für den Flughafenbrand fort. (Seite 6)

### Aufsichtsrat

Die Tätigkeit von Mitgliedern der Landesregierung im Aufsichtsrat von Privatunternehmen führte im Landtag zu einer kontroversen Debatte. (Seite 13)

### Nachtrag

Die Koalition hat den Antrag der Opposition, umgehend einen Nachtragshaushalt aufzustellen, als „untauglich“ zurückgewiesen. (Seite 14)

### Drogenproblem

Der Innenpolitiker Jürgen Jentsch hat sich in Frankfurt, Amsterdam und Zürich informiert, wie dort das Drogenproblem angegangen wird. (Seite 17)



## WORT UND WIDERWORT

# Lokalfunk muß verändertem Wettbewerb angepaßt werden

Von  
Marc Jan Eumann

Als „Lokale Helden“ bezeichnen sich die 45 Lokalradiostationen NRW. Um das Bild aufzugreifen: Helden können zwar straucheln, aber sie scheitern nicht. Das gilt auch für das Zwei-Säulen-Modell des nordrhein-westfälischen Lokalfunks, das nicht nur einmalig, sondern auch das bislang erfolgreichste Lokalradiomodell in der Bundesrepublik ist. Für die SPD-Landtagsfraktion ist klar: Wir wollen den Lokalfunk stärken, denn er ist ein wichtiger Baustein des Medienlandes NRW. Über die pluralistisch zusammengesetzte Veranstaltergemeinschaft und den Bürgerfunk ist es gelungen, die Menschen in Nordrhein-Westfalen in die publizistische Verantwortung ihres Lokalsenders einzubinden, den örtlichen Zeitungsverlegern wird es ermöglicht, ihr Engagement im Verbreitungsgebiet ihrer Zeitung zu ergänzen. Diese Konstruktion ist auf die Kooperation aller Beteiligten und auf den Willen zum Konsens angewiesen.

Es liegt auf der Hand, daß sich in einer rasant verändernden Medienlandschaft publizistische Wettbewerbssituationen und wirtschaftliche Rahmenbedingungen verändern. Daraus ergeben sich für die 45 „local heroes“ in NRW immer wieder neue Herausforderungen. Die Strategiegespräche und die seit diesem Monat vorgelegte Programmreform zeigen ganz deutlich: Veranstaltergemeinschaften und Betriebsgesellschaften, ihre Organisationen und radio NRW setzen auf das Zwei-Säulen-Modell und

Von  
Ruth Hieronymi

Der Lokalfunk nach dem nordrhein-westfälischen Zwei-Säulen-Modell wird zur Zeit auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Der WDR hat auf die private Konkurrenz mit zielgruppengerechter Formatierung seiner Hörfunkprogramme reagiert. Zudem leidet der Lokalfunk nach wie vor unter einer unzureichenden technischen Versorgung. Prognosen zufolge wird ein Drittel der lokalen Sender nie die Gewinnzone erreichen, ein weiteres Drittel wird erst in absehbarer Zeit wirtschaftlich arbeiten. Lediglich ein Drittel der 44 Hörfunkstationen gilt als wirtschaftlich gesund. Während der Lokalfunk insgesamt 1995 noch über rund 980.000 Hörer verfügte, war im Juli 1996 ein Rückgang um 15 Prozent auf 830.000 Hörer festzustellen.

Die CDU begrüßt alle Anstrengungen, die den Lokalfunk in seiner jetzigen Struktur auch zukünftig sichern und an die veränderten Wettbewerbsverhältnisse anpassen. Dies gilt z. B. für die von der Strategiekommision Lokalfunk erarbeitete Programmreform zum 1. Mai 1997. Aber auch der Gesetzgeber ist gefordert: Die CDU hat daher in ihrem Antrag „Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen stärken“ (Drs. 12/1348), Maßnahmen gefordert, die kurzfristig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des lokalen Hörfunks verbessern können:

Von  
Roland Appel

Das „Zwei-Säulen-Modell“ beim Lokalfunk war ein sozialdemokratisches Modell, gesellschaftspolitisch widerstreitende Interessen zu „versöhnen“. Es war und ist ein komfortables Angebot an die nordrhein-westfälischen Zeitungsverleger, ihre meistens im Printbereich schon abgesicherten regionalen und lokalen Monopole auf lokalen Rundfunk auszuweiten. Das Geld dürfen sie über die Betriebsgesellschaften allein verdienen; beim Programm soll es Mitsprache durch — den öffentlich-rechtlichen Rundfunkräten nachempfundene — Veranstaltergemeinschaften geben. Soweit blieb alles in einem etablierten und traditionalistischen Rahmen. Die einzige neue Idee war, Bürgerinnen und Bürgern in einem gesetzlich abgesicherten Rahmen selbst Radio machen zu lassen. Der Bürgerfunk war geboren.

Doch alles, was an diesem Konzept neu war — lokaler Radiojournalismus plus Aktivierung medienpädagogischer Bürgerinitiative — wollen die Mehrheit der Verleger, die CDU und starke Kräfte in-

### SPD: Lokalfunk stärken – das Rundfunkgesetz weiterentwickeln

damit auf das Lokale. Denn das Pfund, mit dem die lokalen Programme wuchern können und müssen, ist das Lokale, hier haben sie die exklusive Chance, die sie sich mit keinem Wettbewerber teilen müssen. Kurzum: Lokaler Rundfunk lebt durch das Lokale und vom Lokalen. Deshalb ist es unverzichtbar, die lokale Kompetenz ständig zu verbessern.

Die SPD-Fraktion hat sich gerade in den vergangenen Monaten intensiv mit der Situation des Lokalfunks beschäftigt, u. a. in einer Anhörung Anfang 1997, an der sich über 100 Vertreterinnen und Vertreter des Lokalfunks beteiligten. Die Bestandsaufnahme zeigt, daß der weitaus überwiegende Teil der aktuellen Probleme nur bedingt durch gesetzliche Änderungen gelöst werden kann. Das, was wir durch eine Weiterentwicklung des Landesrundfunkgesetzes leisten können, um den Lokalfunk zu stärken, wollen und werden wir in Angriff nehmen. So ist beispielsweise eine Flexibilisierung der lokalen Sendezeiten in der Woche von 8 auf bis zu 5 Stunden und bis zu 3 Stunden am Wochenende und an gesetzlichen Feiertagen geplant. Sollte es des weiteren nicht zu einem Ausgleich der Kosten für die technische Infrastruktur z. B. durch eine Umlage kommen, werden wir auch hier gesetzliche Lösungen suchen. Auch gilt es, eine bessere wirtschaftliche Transparenz herzustellen. Darüber hinaus unterstützt die SPD-Landtagsfraktion alle Bestrebungen, die teilweise unzureichende Frequenzsituation einzelner Stationen verbessern zu helfen.

Zu guter Letzt: Der Bürgerfunk ist kennzeichnendes Element des Lokalfunks und damit unverzichtbar. Er ermöglicht Medienpartizipation und vermittelt Medienkompetenz.

Die SPD weiß um die Chancen, die das Zwei-Säulen-Modell für die Menschen in Nordrhein-Westfalen und das Medienland Nordrhein-Westfalen bietet, deswegen stärken wir den Lokalfunk und entwickeln das Lokalrundfunkgesetz weiter.

### CDU: Stärkung durch flexiblere Sendezeiten

- Stärkung der lokalen Programme durch flexiblere Sendezeiten
- Abbau der Frequenzübersversorgung beim WDR zugunsten des Lokalfunks
- dauerhafter Lastenausgleich für Leistungskosten.

Diese drei Punkte sind nur Mindestforderungen, um das sensible, auf Konsens angelegte und komplizierte Zwei-Säulen-Modell in Nordrhein-Westfalen mit einer Veranstaltergemeinschaft und einer Betriebsgesellschaft zu erhalten. Die von der CDU vorgeschlagenen Maßnahmen haben breite Zustimmung unter den am Lokalfunk Beteiligten gefunden.

Die CDU wird sich in den kommenden Beratungen dafür einsetzen, daß alle Blockaden, die dem Lokalfunk durch Gesetz und Praxis in den Weg gelegt wurden und die ihn hindern, am Wettbewerb mit dem WDR gleichberechtigt teilzunehmen, aus dem Weg geräumt werden. Dafür ist aber erforderlich, daß die SPD ihr Engagement für den Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen verbessert. Im übrigen unterstützt die CDU die Anregung des Verbandes Lokaler Rundfunk, Regelungen in das Landesrundfunkgesetz aufzunehmen, die die Funktion und die Inhalte des Bürgerfunks genauer definieren. Außerdem sind die Fördermöglichkeiten für die technische Infrastruktur im lokalen Hörfunk im UKW-Bereich sowie im Bereich neuer Übertragungstechniken zu verbessern. Die Diskussion hat außerdem deutlich gemacht, wie sehr die Beteiligung des WDR an radio NRW dem Wettbewerb im dualen System widerspricht. Dieser Anachronismus muß im Zuge einer Gesetzesnovellierung beendet werden. Unter derart veränderten Voraussetzungen kann das Zwei-Säulen-Modell beim Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen überlebensfähig sein.

### GRÜNE: Weniger Bürgermeister-Rundfunk

nerhalb der Landesanstalt für Rundfunk nun zur Disposition stellen. Anlaß bot ihnen die einschaltquoten-erfolgreiche Programmreform des WDR mit seinem neuen Programm „1 live“, die einige Lokalradiobetreiber, die sonst publizistisch auf freie unternehmerische Initiative und marktwirtschaftlichen Wettbewerb pochen, Zeter und Mordio rufen ließ, weil sie bei einigen — aber keineswegs allen — Lokalsendern, zu Reichweitenverlusten führte.

Aus unserer Sicht gibt es nur eine Erfolgsperspektive: Stärkung und Weiterentwicklung der Originalität des Lokalradios. Es sollte mehr in die journalistische Qualität der Lokalberichterstattung investiert werden, d. h. Aus- und Fortbildung der Beschäftigten, soziale Absicherung und hinreichende Besetzung von Redaktionen; mehr Kreativität und Frechheit, weniger Bürgermeister-Rundfunk; Zusammenarbeit, Kooperation und Qualifizierungshilfen für den Bürgerfunk, statt Abdrängen, Behindern und Zensieren. Es gibt Lokalsender, die das beherzigen und erfolgreich arbeiten. Die vielfach diskutierten Pläne, Lokalberichterstattung zu reduzieren, die Bürgerfunk-Sendezeit in den späten Abend zu schieben und das Programm durch radio NRW noch weiter glätten und einebnen zu lassen, würde sich dagegen als Sackgasse erweisen. Der Patient kann nicht genesen, wenn ihm seine Kraft geraubt wird.

## Rau im Europa-Ausschuß

Im Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik stellte Ministerpräsident Johannes Rau am 5. Mai Dr. Klaus Lefringhausen als neuen Nord-Süd-Beauftragten der Landesregierung vor und nutzte das Datum des „Europa-Tags“ zu grundsätzlichen Bemerkungen zur Europa- und Eine-Welt-Politik in NRW.

Rau empfahl in der von Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) geleiteten Sitzung Dr. Klaus Lefringhausen (63) als langjährigen Experten der Kirchen für Entwicklungsfragen, der zuletzt auch am „Gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage“ mitgewirkt habe. Zum 1. April 1997 habe er ihn als Nachfolger des ersten Nord-Süd-Beauftragten von NRW Jürgen Schroer berufen.

Entwicklungspolitik sei Sache des Bundes, erläuterte Rau. Die Länder wirkten bei Ausbildung, Projekten und Verwaltungshilfe mit. Vor allem sei aber die Informations- und Bildungsarbeit ihre Aufgabe. Spätestens seit der Konferenz in Rio de Janeiro zu Umwelt und Entwicklung sei die Bedeutung von Eine-Welt-Politik klar. Die Menschheit habe nur einen Planeten zur Verfügung, mit Grenzen für Wachstum und Naturverbrauch. Es gehe um mehr Gerechtigkeit in den Wirtschaftsbeziehungen und Wachstum, das nicht von gnadenlosem Wettbewerb, sondern von Vernunft geprägt sei. Das Bild von den gebenden Industrieländern und nehmenden Entwicklungsländern sei überholt und falsch. NRW bemühe sich um das neue Bewußtsein. Die Eine-Welt-Politik des Landes habe ein besonderes, einzigartiges Profil, sagte Rau und zählte auf: Konkreter Friedensdienst junger Menschen, Reisen von Journalisten, Förderung auch kleinster Initiativen und von Projekten mit Nichtregierungsorganisationen, Zeitschrift „Forum Eine Welt“, Stiftung Entwicklung und Frieden sowie das kommunale Promotorinnen-Programm. Dessen vereinfachtes Verfahren der Zuweisung von Landesmitteln in Höhe von 50 Pfennigen pro Einwohner dürfe vor Ort nicht anderweitig verwendet werden.

In NRW als einem bedeutenden Exportland mit hochqualifizierter Umwelttechnologie könnten entwicklungspolitische Aspekte auch als außenwirtschaftliche Interessen diskutiert werden, sagte Rau. NRW arbeite sehr engagiert am Aufbau eines demokratischen und sozialen Europa mit, auch in den Reformländern Mittel- und Osteuropas. Seine Stimme werde in Brüssel beachtet. Rau erwähnte die Einrichtung des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten bei der Regierungneubildung 1995 und hob die Begleitung durch den Ausschuß des Landtags hervor.

Für die SPD-Fraktion begrüßte Gabriele Sikora Raus Vortrag und sprach die Hoffnung aus, daß aus der „herben Lust“ der Ermahnung eine fröhliche Zusammenarbeit mit dem Nord-Süd-Beauftragten werde. Ilka Keller (CDU) sicherte die konstruktive Mitarbeit der Opposition zu. Beide äußerten im späteren Verlauf den Wunsch, in die Bücherei-Sternfahrt von Europaminister Dammeyer sollten die örtlichen Mitglieder des Europa-Ausschusses eingebunden werden.



Als neuen Nord-Süd-Beauftragten der Landesregierung stellte Ministerpräsident Johannes Rau (Mitte) den Beauftragten der Evangelischen Kirche für Wirtschaft und Ökonomie Dr. Klaus Lefringhausen (l.) im Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik vor, r.: Vorsitzender Professor Dr. Horst Posdorf (CDU). Foto: Schälte

## Lissaboner Entwurf für Eine-Welt-Politik

Als einzige Deutsche gehört die Vizepräsidentin des NRW-Landtags, die Biologin Dr. Katrin Grüber (GRÜNE-Fraktion) der „Gruppe von Lissabon“ an, die vor einigen Wochen in Bonn das Buch „Grenzen des Wettbewerbs“ als Gründungsmanifest vorgestellt hat. Die Gruppe von Lissabon besteht aus Wissenschaftlern verschiedener Zweige aus Westeuropa, Japan und Nordamerika und stellt sich bewußt in die Nachfolge des „Club of Rome“, der vor etwa zwanzig Jahren auf die „Grenzen des Wachstums“ aufmerksam machte. In „Grenzen des Wettbewerbs“ wird auf Folgen der „Globalisierung der Wirtschaft“ für die

Menschheit und auch für die Politik hingewiesen.

In seinem Vorwort meint der Präsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Technik Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker: „Die Globalisierung schaltet das angestammte demokratische Korrektiv der Marktwirtschaft weitgehend aus.“ Die Gruppe von Lissabon hält globale Steuerung durch (vier) Verträge für nötig, da multifunktionale Unternehmen mehr und mehr dazu neigten, zu effizienten Netzwerken zu verschmelzen und nationalstaatliche Regierungen zu umgehen.

(Weiterer Bericht folgt).

## Große Koalition zu Flughafen Düsseldorf

### SPD und CDU für Startbahn-Verlängerung

In öffentlicher Sitzung stimmten SPD und CDU einer SPD-Entschließung zum CDU-Antrag „Landtag NRW hält an Verlängerung der Startbahn fest“ zu. Die GRÜNEN-Vertreter enthielten sich beim 3. Absatz der Stimme. Dort heißt es, über einen Antrag der Flughafengesellschaft Düsseldorf auf Verlängerung der Start- und Landebahn, die die SPD-Landtagsfraktion und der Wirtschafts- und Verkehrsminister für notwendig, die GRÜNE-Fraktion für nicht erforderlich halte, sei „von der zuständigen Genehmigungsbehörde nach Recht und Gesetz zu entscheiden“.

Der Abstimmung in Anwesenheit zahlreicher Journalisten war ein längeres parlamentarischer Ringen vorausgegangen. Anliegen des CDU-Antrags, den der Landtag am 5. März an den Ausschuß überwiesen hatte (Landtag intern Nr. 4/1997), war die „Unterstützung der Bemühungen von Minister Clement um einen zukunftsorientierten Ausbau des Düsseldorfer Flughafens“, wozu die Startbahnverlängerung gehöre. Die GRÜNEN hatten in der vorigen Ausschußsitzung um Vertagen wegen weiteren Beratungsbedarfs gebeten. In die daraufhin von der CDU unter Hinweis

auf Eilbedürftigkeit und laufende Privatisierungsverhandlungen beantragte öffentliche Sondersitzung am 30. April brachte nun die SPD eine von zwölf Fraktionsmitgliedern unterzeichnete Vier-Punkte-Entschließung zum CDU-Antrag mit.

Die Sitzung wurde für eine halbe Stunde unterbrochen, um einen Konsens in der Koalition zu ermöglichen. Danach beschworen CDU-Sprecher Günter Langen und SPD-Sprecher Heinz Hunger die Verantwortung für Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort NRW. Gisela Nacken (GRÜNE) erklärte, die Verlängerung werde nicht kommen, und ihr Fraktionskollege Peter Eichenseher verwies auf Köln/Bonn für interkontinentale Flüge. Minister Wolfgang Clement (SPD) sagte, ein Verteilsystem für Intercont-Flüge zwischen Düsseldorf und Köln/Bonn gebe es nicht.

Nachdem weitere Gesichtspunkte vorgebracht worden waren, ordnete Vorsitzender Manfred Hemmer (SPD) auf Antrag der CDU erneut eine kurze Sitzungsunterbrechung an. Danach teilte Günter Langen (CDU) mit, seine Fraktion stimme der SPD-Entschließung zu.

(weiterer Bericht auf der nächsten Seite).

## Koalitions-Dissens Luftverkehrskonzept

*Bei der Aussprache über den CDU-Antrag zur Startbahn-Verlängerung am Flughafen Düsseldorf und der SPD-Entscheidung dazu, der die GRÜNEN in drei von vier Punkten zustimmten, wurden in der Sondersitzung des Verkehrsausschusses am 30. April unterschiedliche Positionen zur Zukunft des Luftverkehrs in NRW zwischen SPD und GRÜNEN deutlich. Nachstehend weitere Stellungnahmen im Ausschuß.*

CDU-Sprecher Günter Langen trug vor, die 40 000 in Düsseldorf lebenden Japaner wüssten Direktflüge; eine Million mehr Passagiere brächten tausend neue Arbeitsplätze. Das Ausweichen von NRW-Passagieren auf Amsterdam bedeute zusätzliche 44 000 Tonnen CO<sub>2</sub>. Abgeordnete hätten Verantwortung für das ganze Land. SPD-Sprecher Heinz Hunger hielt den CDU-Antrag für unnötig, da weder der Landtag noch die Landesregierung über den Flughafen ausbau oder die Startbahnverlängerung entschieden, sondern der Betreiber. NRW müsse alles tun, um Wachstumsbranchen wie den Luftverkehr wettbewerbsfähig zu erhalten. Nach Fertigstellung der 1. Stufe müsse der Ausbau weitergehen. Große Flugzeuge müßten mit voller Ladung bei jedem Wetter in Düsseldorf starten und landen können. Den erheblichen Dissens zum Koalitionspartner verschweige er nicht. Gisela Nacken (GRÜNE) berief sich ebenfalls auf die Verantwortung für das Ganze. Dramatische Wachstumsprognosen bei Flugverkehr müßten aus Rücksicht auf das Klima eher zu dämpfenden Maßnahmen führen. „Wir sind nicht gegen den ICE-Anschluß“, antwortete sie auf eine Bemerkung von Hunger, „sondern wir haben nur eine bessere Lösung, ohne den zeitvergeudenden Schlenker und die Wahner Heide schonend.“

Heinz Hardt (CDU) begrüßte, daß sich die SPD bewege. Erstmals im Parlament sei eine Formulierung der SPD auf dem Tisch, der Streit in der Koalition sei deutlich. Das Lärminderungsprogramm werde als technischer Fortschritt von den Betroffenen anerkannt und diskutiert. Punkt 2 der SPD-Entscheidung bedeute Ausbau für 22 Millionen Passagiere und Weiterentwicklung der S-Bahn. Dem stimme die CDU zu.

Peter Eichenseher (GRÜNE) meinte, es könne nicht Aufgabe des Parlaments sein, den Startschuß für die Schwächung der Rechtsposition von Ratingen beim Angerland-Vergleich zu geben. Johannes Rimmel (GRÜNE) stimmte den ersten beiden Punkten der SPD-Entscheidung und Punkt 4 zu. (In Punkt 2 wird festgestellt, der Flughafen Düsseldorf müsse nach der Brandkatastrophe bezüglich Sicherheit, Kapazitäten sowie Leistungs- und Funktionsfähigkeit „mit den bestmöglichen Standards – auch im Wettbewerb mit anderen nationalen und internationalen Flughäfen – den zukünftigen Anforderungen entsprechend wiederhergestellt werden). In der Ausschußsitzung laufe nur ein Ritual ab. Das Sachproblem spiele keine Rolle. Die eigentliche Diskussion finde nicht hier statt. Am Markt würden „Ramsch-Reisen“ angeboten. Flugurlaub sei eine der größten Kapitalfluchten. „Pacta sunt servanda“, sei Kern der Debatte.

Minister Clement räumte der Opposition das Recht zur Taktik und dazu ein, Gegensätze herauszuarbeiten. Privatisierung mit Abgabe des 50-prozentigen Landesanteils sei vernünftig. Das Verfahren zur Lärmkontingentierung werde noch in diesem Jahr, bald, abgeschlossen. Zur Startbahnverlängerung liege noch kein Antrag – Voraussetzung für eine Genehmigung – vor. Ein solcher würde ohne Verzug entschieden. Vom wichtigsten Flughafen von NRW müsse jeder Ort der Welt direkt erreichbar sein. Zur Rechtslage gebe es auch das Gebot zu prüfen, ob Vertragsgrundlagen noch gegeben seien. Der Angerland-Vergleich gelte. Von neuer Antriebstechnik verspreche er sich auch weitere Minderung der Umweltbelastung.

## Wirtschaftsausschuß

### Hilfe für Gemeinden bei Umwandlung von Abrüstungsflächen

Im Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie kam am 7. Mai eine Einigung über den SPD-GRÜNE-Antrag „Konversion als Chance für den regionalen Strukturwandel“ (Drs. 12/1067) zustande. Mehrere von Christian Weisbrich und Laurenz Meyer (CDU) vorgelegte Änderungswünsche wurden von Alexandra Landsberg (GRÜNE) aufgegriffen. Nach kurzer adhoc-Beratung der Referenten stellte Ausschußvorsitzende Hannelore Brüning (CDU) einstimmige Annahme des Koalitionsantrags fest.

Bei den Änderungswünschen der CDU ging es um eine „Mitverantwortung“ des Bundes für Standortgemeinden, da grundsätzlich die „strukturelle Verantwortung“ für Kommunen Sache des Landes ist. Außerdem wurden Probleme in Vogelsang (noch von Belgien genutzt), Weeze sowie Brüggen, auch bei Kauf- bzw. Übertragungs-Verhandlungen mit dem Bund, vorgetragen und ergänzend die Landesregierung aufgefordert, rechtzeitig die finanziellen Mittel im Falle der Freigabe des Truppenübungsplatzes Vogelsang bereitzustellen. Der Wirtschaftsausschuß begrüßte auch die Bereitschaft der Niederlande, über eine grenzüberschreitende Planung für die weitere Nutzung des Flughafens Weeze nach dem Jahr 1999 zu verhandeln.

Im Koalitionsantrag vom Juni 1996 stellen die Fraktionen fest, seit 1990 seien 83 000 Soldatenstellen in NRW abgebaut worden. Das sei der größte Abbau in den alten Ländern. Zusätzlich seien 25 000 zivile Arbeitsplätze verlorengegangen. Von den rund 47 000 Hektar militärisch genutzter Liegenschaften seien jetzt 7 000 Hektar für zivile Nutzung frei. Für die „Konversion“ (Umstrukturierung) seien seit 1990 500 Millionen Mark EU-, Bundes- und Landesmittel aufgewendet worden, heißt es jetzt im geänderten SPD-/GRÜNE-Antrag, dem die CDU zustimme.

## „Geringverdiener sozialversichern!“

*Die Koalitionsmehrheit von SPD und GRÜNE nahm im Ausschuß für Frauenpolitik am 18. April den Antrag „Geringfügige Beschäftigung sozialverträglich gestalten“ (Drs. 12/1285) an.*

Die Sprecherin der CDU-Fraktion Regina van Dinther lehnte den Antrag ab, obwohl er durchaus Gemeinsamkeiten aufzeige, die auch von der CDU so gesehen würden. Widersprüchlich sei für sie jedoch die Tatsache, daß Ministerin Behler die Vormittagsbetreuung für Grundschüler zu versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen erkläre, sie hingegen erfahren habe, daß auch in sozialdemokratisch regierten Städten Frauen befristete Verträge von Schuljahresbeginn bis Herbstferien, von Herbst bis Weihnachten, von Weihnachten bis Ostern und von Ostern bis zum Sommer erhielten, die nicht sozialversicherungspflichtig seien. Es müsse darüber hinaus überlegt werden, wie man die Beschäftigten besser aufklären könne. Es sei deshalb Aufgabe der Politik, Instrumente zu finden, um die Umwandlung von normalen Arbeitsverhältnissen in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zu unterbinden.

Marianne Hürten, Sprecherin der GRÜNE-Fraktion, wies darauf hin, daß es gerade ein Anliegen des Koalitionsantrages sei, zu prüfen, wie das Landesprogramm „Schule von acht bis eins“ umgesetzt werde. Sie wolle geklärt haben, welche Möglichkeiten es gebe, zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen zu kommen. Brigitte Speth, Sprecherin der SPD-Fraktion, äußerte die Ansicht, wenn Frauen ihre Arbeitnehmerrechte nicht wahrnehmen könnten, liege es u. a. auch daran, daß es in Privathaushalten keine Betriebsräte gäbe. Ziel müsse daher sein, diese Art von Beschäftigungsverhältnissen abzuschaffen. Sie stimme darüber hinaus zu, daß die Art der Beschäftigungsverhältnisse für Vormittagsbetreuung für Grundschüler geprüft werden müsse.

Der Ausschuß verständigte sich darauf, die sozialverträgliche Gestaltung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen sowie die Entwicklung der Modellprojekte und Agenturen zum Dienstleistungspool/Einführung von Dienstleistungsschecks kritisch weiterzuverfolgen. Der Antrag wurde schließlich mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

### Podium „top '97“

Bei einem Gesprächsforum auf der diesjährigen Frauenmesse „top '97“ zum Thema „Gering – aber nicht gefügig“ werden die Ausschußvorsitzende Helga Gießelmann (SPD), ihre Stellvertreterin Jutta Appelt (CDU) und die Sprecherinnen der Fraktionen mit weiteren Podiumsgästen am 29. Juni 1997 darüber diskutieren, ob die Einrichtung von Dienstleistungspools oder die Einführung von Dienstleistungsschecks Lösungsansätze zur sozialverträglichen Gestaltung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse sein können.

## Nachfrage nach politischer Bildung ist ungebrochen

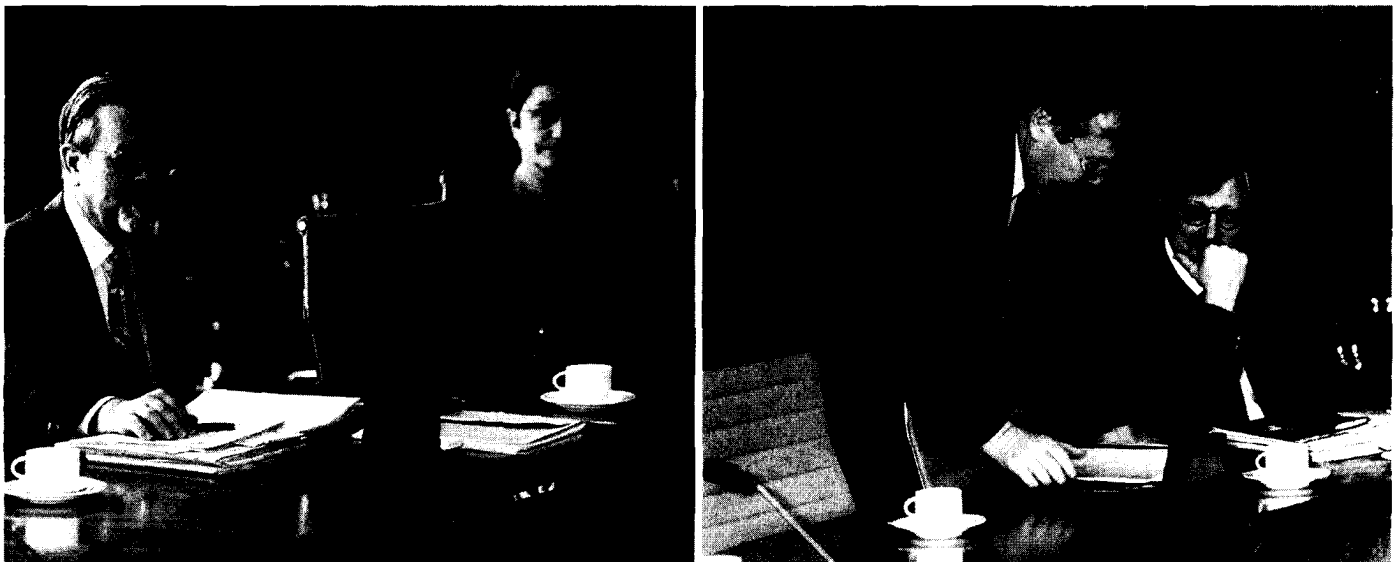
Die Nachfrage nach politischer Bildung ist nach den Worten des Leiters der Landeszentrale für politische Bildung, Dr. Günter Wichert, ungebrochen. Vor dem Hauptausschuß unter seinem stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Hegemann (CDU) unterstrichen auch Reinhard Grätz für die SPD und Ruth Hieronymi für die CDU die Bedeutung von politischer Bildung und Weiterbildung bei der Aussprache über ein Kapitel des Landesentwicklungsberichtes, das sich mit diesem Themenfeld beschäftigt (Vorlage 12/1156 und Drs. 12/1759).

Nach Auffassung von Grätz hat insbesondere die politische Bildung zwei Funktionen wahrzunehmen, zum einen eine Stabilisierungsfunktion für das politische Gemeinwesen — angesichts der sozialen Brüche, die sich im Moment abspielen, sei diese Aufgabe wichtiger denn je — zum anderen eine innovative Funktion. Zu den finanziellen Möglichkeiten der politischen Bildung stellte der SPD-Sprecher fest, die finanziellen Mittel seien so gut wie ausgereizt. Die Institutionen bemühten sich zwar, durch neue institutionelle Möglichkeiten Spielräume zu gewinnen. Dennoch werde sich eines Tages die Frage stellen, ob vom Volumen nicht von den Inhalten her der im Vergleich zu den anderen Bundesländern extrem hohe Standard in NRW gehalten werden könne. Der Abgeordnete fuhr fort, er erwarte von der derzeit laufenden Evaluation einen Profilierungsschub für die Weiterbildung. Darüber hinaus erwarte er eine Antwort auf die Frage, ob es aufgrund der

engen finanziellen Möglichkeiten zu einer Gesetzeskorrektur kommen müsse.

Die CDU-Sprecherin Hieronymi bekräftigte, die Notwendigkeit lebenslangen Lernens sei selten so tief im Bewußtsein der Bevölkerung verankert wie heute in Zeiten, in denen sich jeder darauf einstellen müsse, im Laufe seines Lebens mehrere berufliche Aufgaben unterschiedlicher Art erfüllen zu müssen. Frau Hieronymi zeigte sich froh darüber, daß der Standard der politischen Bildung auch in finanziell schwierigen Zeiten habe gehalten werden können. Allerdings werde im Landesentwicklungsbericht das Finanzproblem überhaupt nicht angesprochen. Deshalb bitte sie um Auskunft, wie die Landesregierung dieses Problem in Zukunft anzugehen gedenke. Als Schwerpunkt der Landeszentrale werde für diese Legislaturperiode die Förderung der Beschäftigung mit Fragen der Informationsgesellschaft, Medien und Medienkompetenz genannt. Sie interessiere, ob die Landeszentrale dafür ausreichend ausgestattet sei. Der Leiter der Landeszentrale, Wichert, kündigte an, die Landesregierung werde die Probleme im 4. Weiterbildungsbericht detaillierter darstellen. Die Evaluation werde unabhängig von Vorgaben der Landesregierung durchgeführt. Dabei solle in einem Peer-review-Verfahren nicht die Leistungsfähigkeit der einzelnen Weiterbildungseinrichtungen untersucht werden, sondern die Leistungsfähigkeit des Systems als Ganzem. Die Förderinstrumente sollten kritisch hinterfragt werden. Die Ergebnisse der

Evaluation würden in der Sommerpause dem federführenden Ministerium für Schule und Weiterbildung vorgelegt. Zum Engagement der Landeszentrale bei den neuen Medien sagte Wichert, die Landeszentrale könne sich innerhalb der Zielsetzung der Landesregierung im Rahmen des Ministeriums für Schule und Weiterbildung mit der notwendigen Unterstützung und so frei bewegen, daß sie den Zugang zum Internet, die Beteiligung an Bildungsservern, die Produktion einer CD-ROM und vergleichbarer Angebote für das Internet entwickeln könne. Man werde etwa in einem halben Jahr in der Lage sein, solche Angebote vorzuführen. Abschließend unterstrich Wichert, die Nachfrage nach politischer Bildung sei ungebrochen. Wenn das Land die Fördermöglichkeiten erweitern könnte, besäßen die geförderten Einrichtungen eine so weite Ausstrahlungskraft ihrer positiven Tätigkeit, daß ihre Nachfrage parallel zu der Ausweitung der Förderung wüchse. In der jüngeren Generation könne festgestellt werden, daß die traditionellen Bildungsformen und Organisationsformen nicht immer den veränderten Gewohnheiten und Lebensstilen entsprächen und deshalb neue Ansätze gesucht werden müßten. Er teilte mit, die Landeszentrale untersuche die inhaltliche und die Teilnehmerstruktur einer großen Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Weiterbildungsveranstaltungen. Man könne auch sagen, in welchem Umfang jüngere Teilnehmerschichten unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vertreten seien.



Im Hauptausschuß: Im linken Bild v. l. SPD-Fraktionssprecher Reinhard Grätz und die SPD-Abgeordnete Karin Jung — Im rechten Bild v. l. der stellvertretende Ausschußvorsitzende Lothar Hegemann und der Abgeordnete Heinz Paus (beide CDU).  
Fotos: Schälte

**Die Verjährungsfristen** des Strafgesetzbuches gelten nicht für die Aufbewahrung von Kriminalakten. Das erklärt Innenminister Franz-Josef Kniola in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Michael Scheffler (beide SPD). Dieser hatte darauf hingewiesen, im Zusammenhang mit der Ermordung der zehnjährigen Kim Ker-

now in Niedersachsen sei bekannt geworden, daß die Kriminalakte des mutmaßlichen Sexualmörders vernichtet worden sei. Der Minister berichtet, nach dem Polizeigesetz sei in NRW bei Erwachsenen spätestens nach zehn Jahren, bei Jugendlichen nach fünf Jahren zu prüfen, ob die suchfähige Speicherung von Kriminalakten und ihre

Aufbewahrung weiterhin erforderlich sei. Die Landesregierung halte es nicht für erforderlich, generell Kriminalakten von allen Sexualtätern „dauerhaft“ aufzubewahren. Sie befürworte jedoch eine über die Regelprüfungen hinausgehende Aufbewahrungsdauer der Unterlagen von Personen, die gravierender Sexualstraftaten verdächtig seien.

## Flughafenbrand: Experten ziehen Schlußfolgerungen aus ihren Untersuchungen

*Der Rechtsausschuß hat am 30. April unter dem Vorsitz von Gunther Sieg (SPD) den CDU-Antrag (Drs. 12/1672) „Schutz der Gesellschaft vor gefährlichen Straftätern verbessern – Landesregierung muß Initiative der bayerischen Staatsregierung im Bundesrat unterstützen“ beraten und bei Stimmenthaltung der beiden Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE mit den Stimmen der CDU angenommen. Angenommen wurde zum gleichen Sachverhalt ebenfalls ein Entschließungsantrag von SPD und GRÜNE (Drs. 12/1992 – neu). Um eine einvernehmliche Erörterung des Problems im Plenum zu erleichtern, verständigten sich alle drei Fraktionen darauf, dem Landtag nach Möglichkeit einen gemeinsamen Entschließungsantrag vorzulegen, der noch zu erarbeiten ist. – Den Mittelpunkt der Sitzung bildete jedoch der ausführliche Bericht der Landesregierung über den Stand der Ermittlungen beim Flughafenbrand Düsseldorf am 11. April 1996.*

Justiz-Staatssekretär Dr. Ernst-Hasso Ritter bezog sich in seiner Darstellung auf den Bericht des Leitenden Oberstaatsanwalts in Düsseldorf. Danach kommen die mit der Untersuchung beauftragten Brandsachverständigen zu übereinstimmenden Schlußfolgerungen, die der Staatssekretär den Ausschußmitgliedern vorstellte. Zum einen seien die Schweißarbeiten an der Dehnungsfuge ursächlich für die Entstehung des Brandes gewesen; die vor Ort eingesetzten Schweißer verfügten nicht über die erforderlichen Detailinformationen über die baulichen Gegebenheiten der Dehnungsfuge. Wesentliche in den Unfallverhütungsvorschriften vorgesehene Sicherheitsmaßnahmen seien zudem nicht eingehalten worden.

Die Entzündung sei über herabfallende Schweißperlen erfolgt, die in der Fuge befindliche, normal entflammbare Wasserleitbänder in Brand gesetzt hätten. Von dort sei der Brand in die angrenzende Polystyrol-Dämmung übertragen worden. Die aus PVC bestehende Regenrinne habe – soweit ersichtlich – auf das Brandgeschehen keinen erkennbaren Einfluß gehabt. Nach der Entzündung des Materials habe sich eine aus Polystyrol und Kleber brennend abtropfende Schmelze gebildet, die zu neuen Brandherden geführt habe. Während der Brandausbreitung an dem aluminiumkaschierten Polystyrol im Deckenzwischenraum seien die entstehenden Rauchgase durch die dort angeordneten Abluftkanäle der Lüftungsanlagen abgesaugt und darum erst spät bemerkt worden. Automatische Rauchmelder waren nicht eingebaut. Der Rauch habe sich aus der Ankunftsfläche in die Abflug- und Galerieebene des gesamten Abfertigungsgebäudes ausgebreitet. Nach den Laborbefunden der Gerichtsmedizin sei bei allen Opfern der Tod auf eine Vergiftung mit Kohlenmonoxid aus den Brandgasen zurückzuführen.

Die dritte Schlußfolgerung der Brandsachverständigen sei, daß eine Brandwache aus

fachkundigen Bediensteten der Flughafenfeuerwehr den Brand früher hätte erkennen können. Dadurch wäre es möglich gewesen, geeignete Evakuierungsmaßnahmen 20 Minuten früher durchzuführen. Ein Evakuierungsplan für das Flughafengebäude im Brandfall sei nicht vorhanden gewesen. Viertens haben die Sachverständigen in ihren Gutachten gravierende bauliche und organisatorische Mängel beschrieben, die die Brandkatastrophe mitverursacht hätten. So seien sowohl in der Baustufe I als auch in der Baustufe II wesentliche brandschutztechnische Vorschriften nicht eingehalten worden. Die Forderung der Berufsfeuerwehr im Baugenehmigungsverfahren, die Brandlast niedrig zu halten, sei in den einzelnen Baustufen nicht konsequent umgesetzt worden. Entgegen den Bestimmungen in der Baugenehmigung vom 18. März 1971 sei aus Gründen des Wärmeschutzes ein Polystyrolhartschaumstoff (Styrofoam FR) als Dämmmaterial unterhalb der Erdgeschoßdecke eingebaut worden. Bei diesem Isolierstoff handele es sich um brennbares Material. Bei der Teilrohbaubauabnahme im Dezember 1971 hätte nach Einschätzung der beiden Brandsachverständigen die eingebaute brennbare Deckenisolierung in der Ankunftsebene erkannt werden können und müssen. Bei Kenntnis von der Verwendung des Polystyrols hätte die Bauaufsichtsbehörde den Ausbau der brennbaren Wärmeisolation oder den Einbau einer Sprinkleranlage als Kompensationsmaßnahme anordnen müssen.

Ähnliches sei bei der Wärmedämmung im räumlichen Bereich der Baustufe II festzustellen gewesen. Die Verwendung der brennbaren Wärmedämmung im Bereich der abgehängten Decke stelle nach Ansicht der Sachverständigen einen gravierenden Baumangel dar.

Schon bei einem Ortstermin im März 1977 sei zur Rauch- und Wärmeabzugsanlage festgestellt worden, daß die Entrauchung nicht ausreichend funktioniere. Zu den Lüftungsanlagen hätten die Sachverständigen angemerkt, daß die dem damaligen Stand der Technik entsprochen hätten; ein Verstoß gegen Auflagen sei hier nicht erkennbar geworden. Was die Flucht- und Rettungswege angehe, so war nach Feststellung der Experten eine ungehinderte Flucht von Personen ins Freie nicht in allen Bereichen des Flughafens ohne Hilfspersonal möglich. Tote seien jedoch hierdurch nicht zu beklagen gewesen.

In der Air-France-Lounge habe die Entfernung der Glaswand ohne Nachrüstung durch eine rauchdichte Tür gegen die Auflagen der Baugenehmigung verstoßen. Dieser Mangel sei erst bei der letzten Brandschau im März 1996 bemerkt worden; davor sei letztmals im Jahr 1982 eine Brandschau durchgeführt worden.

Dazu habe der Gutachter im verwaltungsrechtlichen Gutachten angemerkt, daß eine Überschreitung der Fünf-Jahres-Frist um mehrere Jahre oder gar um ein Jahrzehnt unter keinen erkennbaren Gesichtspunkten rechtfertigungsfähig erscheine.

Zum Verfahrensstand merkte Staatssekretär Ritter an, das Ermittlungsverfahren richte sich aktuell gegen acht namentlich feststehende Beschuldigte. Die Ermittlungen seien bei weitem noch nicht abgeschlossen. Ritter: „Es gilt – und ich betone das nachdrücklich – die Unschuldvermutung. Voreilige Schlüsse und Festlegungen sollten vermieden werden. Vorverurteilun-

### Agrarstruktur:

## Mehr Verständnis Bonns für Anliegen der alten Länder

*Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU eine Entschließung zu der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ verabschiedet. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:*

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz des Landtags Nordrhein-Westfalen bedauert, daß der Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (PLANAK) in der Sitzung am 16. April 1997 keine Einigung über die Verteilung der Bundesmittel auf die Länder erzielen konnte. Er ist der Auffassung, daß die bisherige Mittelverteilung von 55 Prozent für die alten und 45 Prozent für die neuen Länder zugunsten der alten Länder korrigiert werden muß, um den strukturellen Anpassungserfordernissen der Betriebe besser Rechnung tragen zu können.

Der Ausschuß bittet die Bundesregierung, umgehend zu einer PLANAK-Sitzung einzuladen, damit der Rahmenplan 1997 in Kraft gesetzt und der Förderstillstand im ländlichen Raum beseitigt werden kann. Er erwartet, daß die Bundesregierung dabei mehr Verständnis für das Anliegen der alten Länder aufbringt.

Der Ausschuß unterstützt die Landesregierung in ihrem Bemühen, die Mittelaufteilung zugunsten der alten Länder zu korrigieren und damit auch einen höheren Bundesmittelbetrag für Nordrhein-Westfalen zu erreichen. Um einen Kompromiß zu erleichtern, wird die Bundesregierung dringend aufgefordert, den vorgesehenen Kürzungsbetrag von 500 Millionen Mark gegenüber 1996 deutlich zu verringern.

### Bild fehl am Platz

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Helmut Linssen, hat mit seiner Kritik recht: Die Abbildung der Röntgenaufnahme einer menschlichen Hand mit einer mißverständlichen Unterschrift zur Bebilderung eines Artikels über Krankenversicherung in Landtag intern Nr. 6 war fehl am Platze. Die Redaktion bedauert die Veröffentlichung und kann im nachhinein Leserinnen und Leser nur um Nachsicht bitten.

gen darf es nicht geben.“ Das Gutachten setzte allerdings die Staatsanwaltschaft in die Lage, ihre Ermittlungen hinsichtlich des Sachverhalts und gegebenenfalls weiterer Verantwortlicher forciert fortzusetzen: „Dies geschieht.“



## Gelsenkirchen: Eine Stadt an der Emscher bricht in die Zukunft auf

In der Stadt, in der einmal tausend Feuer loderten, verfolgt die IBA, die angetreten ist, die Region zwischen Kamen und Duisburg von den Lasten der industriellen Vergangenheit und jahrzehntelanger Benachteiligung zu befreien, eine ganze Reihe von Projekten, die zum Teil von den Abgeordneten in Augenschein genommen wurden. Die Erläuterungen lieferte stellvertretender IBA-Geschäftsführer Henry Beierlorzer. Im Verwaltungssitz der IBA, der ehemaligen Zeche Rheinelbe im Gelsenkirchener Stadtteil Ückendorf, unterstrich er die Bedeutung dieser Kraftanstrengung, die 1999 ihre Ergebnisse der Welt präsentieren wird: Eine von der Industrie verbrauchte Landschaft von 70 Kilometer Länge und mit einer Fläche von 300 Quadratkilometern soll nach ökologischen und ästhetischen Kriterien neu gestaltet werden.

Gelsenkirchen-Feldmark. Neben den Gleisen des Güterbahnhofs Schalke Süd auf dem ehemaligen Gelände der Firam Küppersbusch sind 265 Wohneinheiten mit hoher städtebaulicher, architektonischer, ökologischer und sozialer Qualität entstanden. Als Wohninsel sind sie um eine linsenförmige Grünfläche gruppiert, in die über als „Viadukte“ gestaltete Abflußrinnen das Regenwasser von den Dächern fließt und hier versickert. Es gibt zentral gelegene Gemeinschaftseinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten und hinter der Linse einen grünen Wall, der die Siedlung vom Güterbahnhof abschirmt und – die wenigsten werden es später merken – den zusammengeschiebenen Bauschutt der alten Küppersbuschanlage birgt. Am Rande liegt eine moderne integrative Kindertagesstätte, in deren Gruppenbehinderte zusammen mit nichtbehinderten Kindern betreut werden.

Nächste Station Gelsenkirchen-Bismarck, ein Stadtteil, dessen soziale und wirtschaftliche Abkopplung zu befürchten ist. Hier nahmen die Ausschußmitglieder als Beispiel mehrerer Projekte das Vorhaben „einfach und selber bauen“ unter die Lupe. Dort arbeiten 28 „Baufamilien“ aktiv mit, ihre ökologischen Reiheneinfamilienhäuser zu errichten. Drei Ziele werden verfolgt: gutes, aber kostengünstiges Bauen (in Holzrahmenbauweise), das Bauen in der Gruppe und die Möglichkeit der Selbsthilfe für den Bauherren. Das schlägt auch finanziell zu Buche: Die im August fertigwerdenden Häuser kosten zwischen 255 000 und 350 000 Mark (incl. Grundstück, Steuern und Nebenkosten), von den als „Muskelhypothek“ bis zu 30 000 Mark in Gruppenarbeit und bis zu 20 000 Mark in Einzelselbsthilfe geleistet werden. Der Quadratmeterpreis im schlüsselfertigen Zustand liegt bei günstigen 1 700 Mark, wie Beierlorzer mitteilte.

Letzte Station auf dem IBA-Fahrplan dieses Tages war die Bergarbeitersiedlung Schüngelberg in der Nähe der Zeche Hugo am Rand der Halde Rungenberg. Sie ist um die Jahrhundertwende als arbeitsplatznahe Bergarbeitersiedlung in Form einer Gartenstadt entstanden. Mit ihren grünen Innenhöfen ist sie seitdem das Zuhause vieler auf Hugo beschäftigten Bergleute, Deutscher und Türken. Die Häuser der bestehenden Siedlung sind inzwischen modernisiert worden. Weil sie nur teilweise erbaut worden ist, wurde die Siedlung durch 220 Wohnungen auf einer Brachfläche ergänzt, die jetzt wie ein zuvor fehlendes Puzzelstück die Frei-

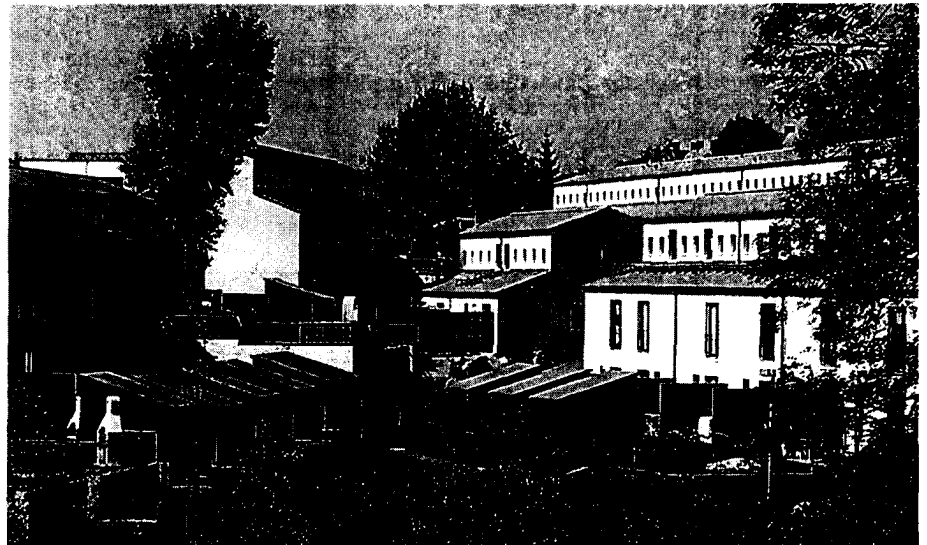
*Hohe Arbeitslosigkeit, die trotz greifbarer Fortschritte beim Strukturwandel nicht weichen will, sinkende kommunale Einnahmen bei wachsendem Finanzbedarf für infrastrukturelle Maßnahmen und Sozialhilfe – mit diesen Problemen schlagen sich die Revierstädte schon länger herum. In Gelsenkirchen vielleicht noch deutlicher als andersorts. Aber gerade hier gibt es auch ermutigende Zeichen: Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher Park und Bundesgartenschau 1997 sind die Stichworte für Impulse zum Besseren. Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen wollte sich am 7. Mai unter Führung seines Vorsitzenden Adolf Retz (SPD) davon überzeugen. Mit von der Partie war die Ministerin für Bauen und Wohnen des Landes, Ilse Brusis (SPD).*

flächen zwischen der historischen Siedlung und der angrenzenden Halde ausfüllen. Durch Haldenumfeldverbesserung, Renaturierung des vorbeifließenden Lanferbaches und Regenwasserversickerung wurde der Lebensraum aufgewertet.

Letzte Station war die am 19. April eröffnete und am 5. Oktober zu Ende gehende Bundesgartenschau Gelsenkirchen auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Nordstern, die 1993 geschlossen worden war. Bevor hier Rosen und Tulpen das Feld besetzten, bestimmten Zechenbahngleise, die Emscher, Bergehalde, der Rhein-Herne-Kanal und die umliegende Wohnbebauung das Bild dieser verbrauchten Industrielandschaft zwischen den Gelsenkirchener Stadtteilen Horst und Heßler. BUGA-Geschäftsführer Rolf Paulin, der mit sorgenvollem Blick nach

Den Standpunkt des westfälisch-lippischen Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaus stellte der Geschäftsführer des Verbands, Dr. Karl Schürmann, den Abgeordneten vor. Er bezifferte die Zahl der Beschäftigten auf 15 000 und stellte die wachsende Ausbildungsleistung der Betriebe heraus, die 2 000 Auszubildende in ihren Reihen hätten. Er begrüßte die Entscheidung, die Landesgartenschauen über das Jahr 2000 hinaus fortzuführen; sie dienten ganz erheblich der regionalen Wirtschaftsförderung und hätten deutlich positive Effekte für die mittelständische Wirtschaft und das Handwerk. Der Geschäftsführer untermauerte dies mit dem Hinweis, daß 75 Prozent der BUGA-Aufträge in die Emscher-Lippe-Zone gegangen und 90 Prozent in Nordrhein-Westfalen verblieben seien.

Schürmann verschwieg aber auch nicht die Sorgen, die die Landschafts- und Gartenbauer drücken. So gingen die öffentlichen Arbeitgeber verstärkt den Weg in die Funktionalausschreibung. Anders als bei der Ausschreibung einzelner Gewerke, wie dies bisher die Regel gewesen sei, bleibe dem Mittelstand dann oft nur die Rolle eines Subunternehmers unter der Regie eines Generalunternehmers – bei abnehmender Rechtssicherheit. Er plädierte dafür, die VOB nicht weiter in diese Richtung zu verändern. Schürmann sprach des weiteren die Ausweitung kommunaler Tätigkeiten im privaten Bereich an; auch hier hoffe er, daß es bei den bestehenden Regelungen (in der Gemeindeordnung des Landes) bleibe. Seinen Hinweis, die Politiker möchten überlegen, ob nicht eigens Mittel für die spätere Pflege solcher Anlagen bereitgestellt werden könnten, kontierten Ministerin und Abgeordnete mit der Gegenfrage, ob der Ver-



*Die Siedlung Schüngelberg in Gelsenkirchen: der Versuch, eine alte Bergbausiedlung in Form einer Gartenstadt durch moderne Reihenhäuser im Mietwohnungsbau zu ergänzen.*

Foto: Katalog

oben das gute Wetter als Garanten für den Erfolg dieser Weltklasseschau des deutschen Gartenbaus beschwor, erwähnte neben dem Meer von Pflanzen und Blumen auch die anderen Wirkungen, die die BUGA auf dem seit über 100 Jahren vom Bergbau total vernutzten Gelände haben soll: Aus der Industriebranche von einst entstünden 90 000 Quadratmeter neues bebaubares Gelände für Gewerbe und Wohnen; auf dem nördlichen Teil soll ein hochwertiger und in die Landschaft eingebetteter Wohn- und Gewerbebepark entstehen.

band darüber nachzudenken bereit sei, gärtnerische Anlagen von vornherein so zu gestalten, daß deren Pflege nicht ganz so intensiv sein müsse. Bei Land und Kommunen sei es jedenfalls in absehbarer Zeit sehr schwierig, für diesen Zweck freie Finanzmittel aufzutreiben.

## Noch vor Sommerpause soll Klarheit über Jugendförderungsgesetz bestehen

*Unter der Leitung der Vorsitzenden, Annegret Krauskopf (SPD), hat der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie Ende April einen Situationsbericht zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz in NRW vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) entgegengenommen.*

Die Fraktionen zeigten sich erfreut darüber, daß es trotz aller Befürchtungen nicht zu Engpässen und Klagen wegen der Veränderungen zum Kindertagesstättengesetz (GTK) seitens der Eltern gekommen sei. Antonius Rösenberg (CDU) mahnte jedoch an, weiterhin auf die vor Ort sehr spezifisch ausgeformten Verhältnisse in puncto Bedarfssituation zu reagieren. Im übrigen sei zu überlegen, inwieweit die Mittel, die für die Schaffung neuer Plätze bereitgestellt, aber noch nicht abgerufen worden seien, für Renovierungsaufgaben verwendet werden können. Er stellte fest, daß sogenannte Überbrückungsmaßnahmen von den Eltern vor Ort durchaus angenommen würden, und auch künftig erforderlich sein könnten. Bernd Flessenkemper (SPD) führte aus, daß es jetzt noch zu früh sei, bereits fundierte Bewertungen abzuleiten. Man müsse zumindest noch bis August abwarten, um dann konkretere Erfahrungen auswerten zu können. Ute Koczy (GRÜNE) ergänzte, der Ausbau des Kindergartenplatzangebotes sei auch für die Zukunft notwendig und richtig; denn die Nachfrage nehme zu. Kritisch bewerte sie den Hinweis, die öffentliche Diskussion habe dazu beigetragen, daß Kindergartenplätze nicht in Anspruch genommen worden seien. Eltern hätten sich deshalb nicht um einen Platz bemüht, weil sie angenommen hätten, ihr Kind habe keinen Anspruch auf einen solchen Platz. Dies lasse auf ein gewisses Informationsdefizit schließen, dem die Politik entgegensteuern müsse.

Im Mittelpunkt der Ausschußsitzung stand der Bericht des MAGS zum Dritten Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz — Jugendförderungsgesetz. Aus Sicht der Landesregierung berichtete Staatssekretär Dr. Pröbsting, das Ministerium beabsichtige, dem Kabinett in der zweiten Jahreshälfte 1997 den Entwurf eines Jugendförderungsgesetzes vorzulegen. Die Grundstruktur des Entwurfes werde sich an den Grundbedürfnissen und Interessen der Jugendlichen ausrichten. Die Infrastruktur der Jugendhilfe solle hier ausgebaut und gestärkt werden. Dabei sollen geeignete Formen der Ansprache an die Jugendlichen im Gesetz geschrieben werden, ohne daß es sich dabei für die Träger um verbindliche Vorgaben handele. Als zentrale Förderinstrumente stünden auf kommunaler Ebene die Jugendhilfeplanung und auf Landesebene der Landesjugendförderplan zur Verfügung.

Antonius Rösenberg (CDU) stellte fest, daß nach dem Beschluß des Städtetages NRW vom 17. März sich der Landesvorstand gegen eine landesrechtliche Regelung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes ausspreche und der Landesregierung empfehle, ihre gesetzgeberischen Ab-

sichten darauf zu beschränken, den Landesjugendplan ganz oder in Teilbereichen in Gesetzesform zu gießen. Eine Mitverpflichtung der Städte, Kreise und Gemeinden sei angesichts der finanzwirtschaftlichen Situation der öffentlichen Haushalte nicht möglich. Rösenberg wies darauf hin, daß dieser Beschluß einstimmig verabschiedet worden sei, dem sich ebenfalls die anderen beiden kommunalen Spitzenverbände angeschlossen hätten. Darüber hinaus vermisste seine Fraktion den angekündigten Referentenentwurf zum Dritten Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz — Jugendförderungsgesetz. Er sei der Auffassung, man könne nicht Mitgestaltungs- und Mitwirkungsrechte der Verbände einfordern, und dann einen bisher völlig unüblichen Verfahrensweg einschlagen. Da Elemente des Jugendförderungsgesetzes bereits in die Überarbeitung des Landesjugendplans einfließen sollten, müsse der Ausschuß die Möglichkeit haben, sich mit den Vorstellungen des MAGS zur Ausgestaltung und Neufassung des Landesjugendplans auseinandersetzen zu können. Rösenberg fragte abschließend, ob es Bestrebungen der Landesregierung gebe, das Volumen des Landesjugendplans um 30 Prozent zu reduzieren. Der Staatssekretär entgegnete darauf, daß es sich um einen Irrtum handele.

Bernd Flessenkemper (SPD) ergänzte, daß er neben sehr viel Zustimmung auch die Kritik aus den Reihen der kommunalen Spitzenverbände sehe, und zwar vor allem mit Blick auf die finanziellen Auswirkungen. Dadurch sei es für das Kabinett schwierig, einen abgestimmten Entwurf zu formulieren, der in einen Gesetzentwurf münden würde. Er führte aus, daß die Kommunen einen Gewährleistungsanspruch bereits als möglichen Eingriff in ihre Autonomie betrachteten. Diese Sicht der Dinge teile die Landesebene nicht, sondern sie sehe darin die Voraussetzung, nicht bestimmte Quoten fixieren zu wollen. Planungskriterien, die vor Ort installiert würden, müßten auch für die Landesebene gelten. Flessenkemper machte deutlich, daß man möglicherweise auf einen Referentenentwurf aufgrund der bisher sehr ausführlich geführten Diskus-

sionen verzichten könne. Allerdings sehe er auch die Notwendigkeit, den Gesetzentwurf noch in der ersten Jahreshälfte auf den Weg zu bringen. Nach wie vor stehe seine Fraktion dazu, daß das Ziel für die Umsetzung des Gesetzentwurfes der 1. Januar kommenden Jahres sein müsse.

Ute Koczy (GRÜNE) betonte die Bedeutung einer fachlichen Dimension eines Dritten Ausführungsgesetzes, das den neueren gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung trage. Es sei jedoch auch wichtig und unumgänglich, das Jugendförderungsgesetz noch in diesem Jahr auf den Weg zu bringen. Sie sei der Auffassung, daß ein Referentenentwurf zwar eine Diskussion anregen würde, jedoch liege entsprechendes Material in ausreichendem Maße vor; unter Berücksichtigung des Zeithorizonts sei möglichst schnell zu Ergebnissen zu kommen. Ein Referentenentwurf, wie er von der CDU-Fraktion gefordert werde, Sorge lediglich für eine weitere Verzögerung.

Antonius Rösenberg (CDU) entgegnete, daß unabhängig von zeitlichen Überlegungen und Wünschen mit der Umstrukturierung wesentliche Konsequenzen für die zukünftigen Weichenstellungen der Jugendpolitik verbunden seien. Es könne nicht angehen, dem Jugendausschuß lediglich das Ergebnis der Umstrukturierung „zur Kenntnis zu geben“. Die CDU-Fraktion wolle sich intensiv mit der Umstrukturierung befassen und die Möglichkeit haben, mit den zuständigen Verbandsbereichen zu diskutieren. Daher bleibe er dabei, daß er die Nichtvorlage eines Referentenentwurfes als ein unübliches Verfahren bewerte, zumal es ja hier um ein Gesetz von erheblicher Tragweite gehe. Er unterstützte jedoch ebenfalls die Abwicklung des Verfahrens noch 1997.

Die Ausschußvorsitzende Annegret Krauskopf (SPD) erinnerte abschließend an die Problematik, daß die Landespolitik seit Beginn des Jahres immer wieder gefragt werde, wann es zum Dritten Ausführungsgesetz kommen werde. Auch sie sah bei weiterem Hinausschieben die Glaubwürdigkeit der Landesjugendpolitik gefährdet. Daher müsse noch vor der Sommerpause ein Ergebnis greifbar sein, das die Ernsthaftigkeit des Umsetzungswillens dokumentiere. Der Ausschuß fordere daher die Vorlage eines Gesetzentwurfes zum Dritten Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz — Jugendförderungsgesetz noch vor der Sommerpause an.

*Astrid Hopstein-Menn*

## Integrationskosten

*Über Probleme bei der sonderpädagogischen Förderung und Betreuung behinderter Schulpflichtiger beim gemeinsamen Unterricht mit nichtbehinderten Kindern in Grundschulen und weiterführenden Schulen berichtet der SPD-Abgeordnete Hans Vorpeil.*

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage, die der Abgeordnete in dieser Sache gestellt hat (Drs. 12/1788), führt die Ministerin für Schule und Weiterbildung, Gabriele Behler (SPD) aus, die zuständige Schulaufsichtsbehörde müsse dem Schulträger im Rahmen des Verfahrens nach der Verordnung über die Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs und die Entscheidung über den schulischen Förderort verdeutlichen, ob und welche Kostenfolgen im Ein-

zelfall mit dem gemeinsamen Unterricht für behinderte Schülerinnen und Schüler möglicherweise verbunden sei.

Bei zusätzlichen personellen oder sächlichen Hilfen für den gemeinsamen Unterricht könne nicht davon ausgegangen werden, daß diese von den Sozialhilfeträgern refinanziert würden; das widerspreche dem Prinzip der Nachrangigkeit der Sozialhilfe.

Die Landesregierung sehe im übrigen keine Möglichkeit, die Schulträger allgemeiner Schulen zu verpflichten, gegebenenfalls erforderliches zusätzliches Personal einzustellen. Im übrigen beabsichtige die Landesregierung nicht, die sich aus dem Schulfinanzgesetz ergebende Aufgabenverteilung zu ändern. Sie sehe auch keine Möglichkeit, Mittel im Landeshaushalt zur Finanzierung oder Mitfinanzierung dieses zusätzlichen nichtlehrenden Personals bereitzustellen.



## Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform hört Sachverständige an

# Für schlankere Verwaltung und mehr Aufgabenkritik

Für eine schlankere Verwaltung und mehr Aufgabenkritik haben sich Experten bei einem Hearing des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform unter Leitung seines Vorsitzenden Stefan Frechen (SPD) zum Thema „Reform der Mittelebene der Verwaltung im Lande Nordrhein-Westfalen“ verhandelt. Generell sprachen sich die Sachverständigen für Erhalt der Bezirksregierungen und gegen das Einziehen einer neuen Mittelinstanz aus. Auch ein einheitlicher Kernbereich Ruhrgebiet fand keine Zustimmung. Der Kommunalverband Ruhrgebiet indes favorisierte für das Revier eine Regionalplanung aus einer Hand.

Für den Kommunalverband Ruhrgebiet nahm dessen Verbandsdirektor Dr. Gerd Willamowski Stellung. Er erklärte, staatliches Handeln brauche neben der regierenden Funktion auf der zentralen Ebene und der Umsetzung vor Ort die Bündelfunktion auf der mittleren Ebene. Dennoch gebe es erheblichen Reformbedarf bei der konkreten Ausformung dieses Systems. Deutschland- und europaweit sei die regionale Handlungsebene stärker ins Blickfeld gerückt. Der Handlungsbedarf im Ballungsraum Ruhrgebiet mache eine Reform besonders dringlich. Das Ruhrgebiet benötige eine Verwaltungsstruktur, die eine koordinierte Aufgabenbewältigung ermögliche und dabei ein gleichberechtigtes Nebeneinander der Gebietskörperschaften, eine gemeinsame Zieldefinition, einen Interessenausgleich und eine ausgewogene gemeinsame Entwicklung gewährleiste. Gefahren sah Willamowski in der Zusammenfassung höherer Kommunalverbände und staatlicher Mittelinstanzen in NRW. Ferner hemme die Aufteilung des Ruhrgebiets auf drei Bezirksregierungen eine für die Gesamtregion verträgliche Entwicklung. Das „Modell Regionalverwaltung“ könne allerdings den Bedarfslagen des stark kommunal geprägten Ruhrgebiets möglicherweise nicht gerecht werden. Das Ruhrgebiet brauche als ein historisch zusammengehöriger Planungs- und Entwicklungsraum eine Regionalplanung aus einer Hand.

Für die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe erklärte der Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Dr. Manfred Scholle, NRW sei das kommunalfreundlichste Land der Bundesrepublik. Wenn es das Modell der Landschaftsverbände noch nicht gäbe, dann müßte es eingeführt werden, zumal der Begriff Heimat und effektive Verwaltungsstrukturen wieder eine Rolle spielten. Scholle kritisierte, daß die notwendige Aufgabenkritik nicht erfolge. Man steigere sich in Handlungszwänge und schrecke auch vor der Zerschlagung guter Strukturen nicht zurück. Er richtete die Aufforderung an die Politik: „Aufgabenkritik, Aufgabenkritik!“ Weiter stellte er die Frage, warum Verwaltungen, die effektiv und kostengünstig arbeiteten, aufgelöst werden sollten. Als Vorteil der Aufgabenwahrnehmung durch die Landschaftsverbände wertete er, daß diese Aufgaben von regionaler Bedeutung wahrnehmen. Die demokratische Legitimation erfolge durch die Landschaftsversammlungen. Eine Gefahr sah Scholle in der Bildung



Vor Beginn der Anhörung: Vorne Sachverständige, hinten stehend Vorsitzender Stefan Frechen (SPD, 4.v.l.) und der CDU-Abgeordnete Christian Michael Weisbrich. Foto: Schälte

eines Kernbereichs Ruhrgebiet. Es könne kein Ausgleich mehr zwischen städtischem und ländlichem Raum stattfinden.

Der Regierungspräsident a. D. Erwin Schleberger hielt seinen Vortrag aus Erfahrungen von 40 Dienstjahren im öffentlichen Dienst, wie er betonte. Dabei habe er drei Faktoren im Blick: Die Größe des Landes sowie Geschichte und Struktur des Landes. Hätte es das Ruhrgebiet nicht gegeben, wären nach dem Krieg zwei Länder zustande gekommen, Rheinland und Westfalen. Dabei gebe es grundsätzlich Unterschiede u. a. in der Mentalität und im Politikverständnis. Schleberger führte dann aus, daß ein Land mit 18 Millionen Einwohnern eine Zwischenebene benötige. Er stellte die Frage, ob es das Revier als abgrenzbare und bestimmbare Einheit im Land noch gebe. Das Revier umfasse heute vier Teilräume, die völlig unterschiedliche Probleme und Interessenlagen aufwiesen: Der Westen mit der Kernstadt Duisburg, der Osten mit der Kernstadt Dortmund, der Süden mit dem Hellwegraum und der Norden mit dem Emscher-Lippe-Raum. „Das Revier als Einheit gibt es nicht“, stellte er fest. Wenn es mit großem Aufgabenbestand eine Einheit bilden würde, käme es zu einem Entsolidarisierungseffekt und würde zu dem Nachteile führen, daß die übrigen Teile des Landes als Restbestände gesehen würden. Dieser Verbund verbiete es, für das Gebiet des KVR einen eigenen Administrationsraum zu schaffen.

„Wir ordnen staatliche Aufgaben staatlichen Behörden und kommunale Aufgaben höheren Kommunalbehörden zu“, sagte der Regierungsvizepräsident Arnsberg, Heiko Kosow. Insgesamt brauche man eine schlankere Verwaltung in NRW. Es gebe eine Vielzahl von Einzelentscheidungen auf ministerieller Ebene, die an den Bezirksregierungen vorbeiliefen. Die obersten Landesbehörden sollten Zurückhaltung üben. Als bedeutend sah Kosow die verstärkte

orts- und bürgernahe Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben an, auch bei den Mittelinstanzen. Als wesentlichen Punkt wertete er dabei eine zukünftige Verwaltungsstrukturreform. Regionalkreismodelle oder Regionalverwaltungsmodelle seien bisher in NRW nicht durchsetzbar gewesen, da sie die verfassungsrechtlichen Garantien für die kommunale Selbstverwaltung gefährdeten. Die Möglichkeit, für das Ruhrgebiet zu abgestimmten und integrierten Planungen zu kommen, sei aufgrund des Landesplanungs-, des Bundesbau- sowie KVR-Gesetzes heute schon gegeben.

Die Beigeordnete Dr. Gertrud Witte begrüßte für den Städtetag, daß durch das CDU-Modell Bewegung in die Verwaltungsstrukturdebatte gekommen sei. Sie machte sich für eine Beibehaltung der staatlichen Bezirksregierungen stark, nicht unbedingt im räumlichen Zuschnitt, von der Zahl her aber ja. Sie sollten sich allerdings auf staatliche Aufgaben beschränken. Sonderbehörden seien aufzulösen und deren staatliche Aufgaben in die Bezirksregierung einzuordnen. Man bevorzuge auf der Mittelebene eine möglichst deutliche Trennung zwischen staatlichen und kommunalen Behörden auch wegen der Transparenz. Die Errichtung weiterer Ebenen würde zu einer „Übermöblierung“ führen. Mit Kritik betrachtete Frau Dr. Witte Zentralitätstendenzen des Landes. Kritisch sah sie auch die sogenannten Städtetzwerke u. a. für den sozialen Bereich. Die Kommunen hielten bereits erfahrungstarke Netzwerke vor. Die Sprecherin schloß, solange kein Einvernehmen über effektive Strukturen im überörtlichen Bereich festgestellt werde, sollten bewährte Strukturen nicht zerschlagen werden. Die Landschaftsverbände hätten sich in wichtigen überörtlichen Aufgabenfeldern bewährt. Sie ermöglichten direkte Lastenverteilung unter den Städten und Gemeinden im Land.

(wird fortgesetzt)

## Fahrradtourismus

### Keine Konkurrenz für den Einzelhandel durch Fahrradstationen

Den SPD-GRÜNE-Antrag „Fahrradtourismus – Entwicklungschancen für NRW nutzen“ (Drs. 12/1944) nahm der Landtag nach der Aussprache am 24. April an. Die CDU lehnte bei der von ihr gewünschten getrennten Abstimmung das im Antrag enthaltene „Programm 100 Fahrradstationen“ ab und stimmte den anderen Teilen des Antrags zu.

Günter Weber (SPD) führte aus, Fahrradurlaub werde immer beliebter. Radfahren habe die höchsten Zuwachsraten bei gängigen Freizeitaktivitäten. Bei den deutschen Reiseveranstaltern fehlten Anbieter aus NRW, obwohl das Land viel zu bieten habe. Mit 3 500 Kilometern verfüge es über doppelt so viele Radwege wie vergleichbare andere Länder. Zusätzlicher Anstoß werde mit dem Programm „Radwege an bestehenden Landstraßen“ gegeben. Die Koalitionsfraktionen wollten mit dem Antrag einen Beitrag leisten, die Fahrradnutzung und die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln stärker ins Bewußtsein zu rücken.



Für hundert Fahrradstationen an Bahnhöfen warb Günter Weber (SPD), und Johannes Remmel (GRÜNE) war „zum Heulen“ wegen der Urlaubsbomber voller dicker Brieftaschen anstelle von Fahrradurlaub in Deutschland; Hannelore Brüning (CDU) wies auf den Erfolg von Radtouren im Münsterland, aber auch darauf hin, daß die meisten Radtouristen mit dem Auto anreisen.

Johannes Remmel (GRÜNE) zitierte eine Reportage, um die Faszination einer Radreise zu verdeutlichen, die neben Naturerlebnissen auch Begegnungen und genauere Einblicke in Mentalität und Kultur einer Region ermögliche. Landespolitik und Tourismus-Experten sollten neue Leitbilder vom Reisen vermitteln. Wenn er dicke Urlaubsbomber von NRW-Flughäfen abheben sehe, müsse er heulen nicht nur wegen der Umwelt, sondern auch, weil die dicken

## Faszination

Brieftaschen davonfliegen mit dem Geld, das eigentlich dem Strukturwandel in NRW dringend fehle. Der dickste Batzen vom Konsum werde im Ausland ausgegeben. Das Fahrrad habe mit drei Prozent das Wohnmobil, Schiffsreisen und Motorrad überholt und sei nicht mehr die Arme-Schlucker-Tour. Nicht Verzicht, sondern Genuß, Aktivität bestimmten das Lebensgefühl. Alarmierend seien Zuwachsprognosen für PKW- und Flugurlaub. Förderung von Fahrradtourismus solle dem entgegenwirken. Beim Vermarkten von Radreisen seien Holländer, Schweizer,

Österreicher und Dänen uns weit voraus. Münsterland und Niederrhein-Aktivitäten wiesen in die richtige Richtung. Das Programm „100 Fahrradstationen“ könne zu einem echten Knüller werden. Ein bißchen Vision werde auch gebraucht.

Hannelore Brüning (CDU) hielt Radeln für „in“, und es sei lobenswert, daß jetzt auch SPD und GRÜNE den NRW-Tourismus als Wirtschaftsfaktor entdeckt hätten. Ihre Heimat, das Münsterland, habe schon 1980 1,2 gegenüber heute 5,2 Millionen Übernachtungen von Radreisenden sowie 15 Millionen Radausflüge ohne Übernachtungen gezählt. Gemeinden und Kreise hätten ohne Hilfe der Landesregierung viel getan. Münster sei die fahrradfreundliche Stadt, und die berühmte Hundert-Schlösser-Route sei die erste Radtourismus-Route in Deutschland

## Hundert-Schlösser-Route

überhaupt. Diese 2 000 Kilometer seien ein Lehrbuch-Beispiel für Produktentwicklung. Bei allen guten Ansätzen des Koalitionsantrags bleibe doch viel Kurzsichtigkeit. Radtouristen benötigten Fahrrad und Auto. Die Landesregierung solle nicht in unternehmerische Aufgaben eingreifen. Fahrradverleih und Fahrradservice seien keine staatlichen Aufgaben. Es könne nicht richtig sein, daß

sich die Landesregierung in den Markt und durch Subventionen junge Händler aus dem Markt dränge. Einer Konkurrenz zum Einzelhandel mit staatlichen Subventionen durch das Programm 100 Fahrradstationen stimme die CDU nicht zu. Fahrradabstellplätze an Bahnhöfen und Ausflugszielen zu erstellen, sei dagegen förderungswürdig.

Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) sagte, der Antrag solle die Kooperation zwischen allen Beteiligten verbessern. Den Vorbehalt der CDU verstehe er nicht. An Bahnhöfen entstehe ohne Förderung nichts. Sich beim Fahrrad in einen Gegensatz zu reden, halte er für übertrieben. Er biete ein Tandem zur besseren Verständigung an. Die Landesregierung habe keinen falschen Ehrgeiz, sondern sei dabei, Überzeugungsarbeit durch den Tourismus-Landesverband NRW zu fördern und Kräfte zu bündeln. Den Menschen sei leider nicht ausreichend bewußt, wie schön Urlaub hier sein könne. In etlichen Regionen müsse noch Erhebliches geleistet werden. 8 200 Kilometer Radwege sei das Vierfache von Autobahnen. In allen Nahverkehrszielen und in den Verkehrsverbänden könnten Fahrräder mitgenommen werden.

## Berufskolleg

„Keine Neuauflage der gescheiterten Kollegscheule – Für mehr Transparenz und Verbindlichkeit im Berufskolleggesetzentwurf!“ – Über den Antrag der CDU-Fraktion mit diesem Titel (Drs. 12/1883) hat der Landtag Ende April beraten und ihn an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung (bei einer Stimmhaltung) zu Beratung und Abstimmung überwiesen.

Marie-Theres Ley (CDU) nannte die Tatsache der seit zwei Jahrzehnten in NRW existierenden beiden Berufsschulsysteme „unübersichtlich, wenig transparent und kostenintensiv“. Ihre Partei fordere seit langem die Beseitigung dieses zweigleisigen Systems und begrüße darum, daß jetzt endlich ein Gesetzentwurf für ein neues Berufsschulwesen vorliege. Das sei aber fast schon alles, was an diesem Entwurf begrüßenswert sei, fuhr sie fort und kritisierte die Namensgebung „Berufskolleg“, der die Beteiligten zufriedenstellen solle – „aber dem Ganzen nicht gerecht wird“. So würden beide Systeme nicht zu etwas neuem zusammengefügt, „sondern beide bisher bestehenden Systeme werden addiert“. Eine Qualitätssteigerung sei so nicht zu erkennen. Sie nannte es eine „Schande“, wenn bei der Einführung des Berufskollegs die Chance vertan würde, ein zukunftsweisendes, von allen akzeptiertes Berufsschulwesen zu entwickeln, das attraktiv sei und die Inhalte und Chancen beruflicher Bildung durchschaubarer und verständlicher mache. Der Entwurf sei noch stark zu überarbeiten.

Manfred Degen (SPD) entgegnete: „Ich kenne kein Gesetzgebungsverfahren im Bildungsbereich, das so sorgfältig, so dialogorientiert durchgeführt worden ist und noch durchgeführt wird wie die Einführung des Berufskollegs“. Alle Beteiligten seien sachlich gewillt, den Entwurf mit Zukunftsperspektiven auszustatten und den Anforderungen der Berufsausbildung in heutiger Zeit gerecht werden zu lassen. Bis auf das Handwerk hätten die Organisationen der Wirtschaft bereits im Vorfeld ihre Zustimmung für das Projekt signalisiert. Mit dem Entwurf sei man, so Degens Einschätzung, einen wesentlichen Schritt weitergekommen zu einem Konsensmodell der beruflichen Bildung, „das einen bedeutsamen Reformschritt für den beruflichen Bereich in Nordrhein-Westfalen darstellt“.

Brigitte Schumann (GRÜNE) war nicht der Meinung, daß die Kollegscheule gescheitert sei und in die Versenkung gehöre, sondern: „Wir wollen die Strukturmerkmale der Kollegscheule sinnvoll zugrunde legen, eben weil wir auch die von der CDU und auch der Wirtschaft und dem Handwerk immer wieder geforderte Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung herstellen wollen“. Die könne man aber nicht einfach durch die schlichte Gleichsetzung von abgeschlossener Berufsausbildung mit den höherwertigen allgemeinbildenden Abschlüssen der Fachoberschulreife und der Fachhochschulreife herstellen. Sie sei nicht einverstanden mit den CDU-Forderungen, 480 Jahresstunden für den Unterricht in Teilzeitform generell festzuschreiben und die Weiterbildung als alleinige Angelegenheit der Wirtschaft zuzuordnen.

(Fortsetzung nächste Seite)

## Berufskolleg...

(Fortsetzung von Seite 10)

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) sah aufgrund des CDU-Antrags keine Notwendigkeit, den Entwurf des Berufskolleggesetzes zu verändern. Er habe bei den Beteiligten grundsätzliche Zustimmung gefunden. Die Vergabe der Fachoberschulreife bei Abschluß einer dualen Berufsausbildung für alle zum Beispiel sei nur schwer mit der gleichzeitig erhobenen Forderung nach Verringerung der Berufsschulzeit zu vereinbaren und stehe zudem in Widerspruch zu den gültigen bundesweiten Rahmenvereinbarungen der KMK. Und daß die berufliche Weiterbildung originäre Aufgabe der Wirtschaft sei, bestreite niemand, auch nicht der Gesetzentwurf.

**Hubert Schulte** (CDU) plädierte für neun Berufsschulunterrichtsstunden an einem Tag — das sei weder unmöglich noch unzumutbar. Ferner sei die fachtheoretische Ausbildung verstärkt auf das erste Ausbildungsjahr zu konzentrieren, dann bliebe mehr Zeit für die praktische Ausbildung, die dem Auszubildenden so auch sicher mehr Spaß machen würde.

**Manfred Degen** (SPD) kündigte an, bei den noch ausstehenden Rechtsverordnungen werde man ganz eng mit den Kammern zusammenarbeiten. Es gehe um den Lernort Schule und nicht um den Lernort Betrieb, legte er dar.

## Bochumer Lösung

Die SPD-/GRÜNE-Mehrheit im Verkehrsausschuß lehnte am 30. April den CDU-Antrag „Landtag begrüßt sog. Bochumer Lösung gegen Staus“ nach kurzer Aussprache ab. Zwar versicherte Heinz Wirtz (SPD), die SPD stehe hinter der Bochumer Lösung, die vor allem dem Ausbau des ÖPNV diene. Der CDU gehe es jedoch nur darum, die Koalition vorzuführen. Peter Eichenseher (GRÜNE) sprach sich dagegen aus. Es sei keine Lösung, sondern ein „altmodischer Bypaß“. Die GRÜNEN bedauerten, daß die SPD einen Kurswechsel vorgenommen habe, der die ÖPNV-Vorrang-Politik schwäche. Minister Wolfgang Clement, der die „Paketlösung“ bereits am 17. April im Ausschuß erläutert hatte, erklärte, für die bis zum Jahr 2000 vorgesehenen Nahverkehrsinvestitionen in Höhe von 240 Millionen Mark hätten sich der Rat der Stadt und der Landschaftsverband ausgesprochen.

## Risikokapitalfonds

Die abschließende Beratung des SPD-GRÜNE-Antrags „Beteiligungskapitalfonds NRW — Mehr Kapital für zukunftsfähige Produkte und Arbeitsplätze“ vertagte der Wirtschaftsausschuß auf den 11. Juni. Zwar bekundeten Bodo Hombach (SPD), Laurenz Meyer (CDU) und Alexandra Landsberg (GRÜNE) wie auch Staatssekretär Jörg Bickenbach (Wirtschaftsministerium) übereinstimmend Interesse an baldiger Verabschiedung bzw. baldigem Arbeitsbeginn einer Fondsgesellschaft. Hombach wies jedoch darauf hin, daß es noch nicht gelungen sei, den Haushaltsausschuß davon zu überzeugen, daß auch Landesmittel eingesetzt werden müßten. Vorsitzende Hannelore Brüning (CDU) bat den Staatssekretär,

## GRÜNE und CDU kritisieren Kürzung bei ÖPNV

### Clement schlägt höhere Mineralölsteuer vor

Den CDU-Antrag „Programm zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs“ (Drs. 12/1873) überwies der Landtag nach der Aussprache am 24. April an den Verkehrsausschuß. In dem Antrag fordert die Opposition mehr Landesmittel für den ÖPNV anstatt der im Haushaltsentwurf vorgesehenen Kürzung um 144 Millionen Mark. Verkehrsminister Clement hielt neue Finanzmittel für nötig, wofür er dem Bund eine höhere Mineralölsteuer vorschlägt, und kündigte weitere Vorschläge im Land NRW für einen großen Qualitätssprung beim ÖPNV an.



ÖPNV in der Diskussion: v.l. Gerhard Wächter (CDU), Heinz Hunger (SPD), Peter Eichenseher (GRÜNE) und Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD).  
Fotos: Schälte

**Gerhard Wächter** (CDU) erklärte, drei Milliarden Mark seien in NRW für den ÖPNV vorgesehen, davon 2,5 vom Bund, der seine Leistungen damit leicht erhöht habe. Das Land erstatte dagegen deutlich weniger und habe 141 Millionen Mark zu Lasten des ÖPNV gestrichen. Durch die Abspaltung des kommunalen ÖPNV in das Städtebauministerium sei es zu drastischen Kürzungen gekommen. Die Mittelserhöhungen bleiben im Wirtschafts- und Verkehrsministerium. In der Negativbilanz von vier grünen Fraktionsmitgliedern sei von „Gegenteil einer Verkehrswende“ die Rede. Der CDU-Antrag gebe Gelegenheit, die Haushaltsmittel deutlich aufzustocken. Der Minister wolle den großen Qualitätssprung. An ihren Taten werde die Koalition zu messen sein.

**Heinz Hunger** (SPD) wies auf den vom CDU-Fraktionsvorsitzenden geforderten Nachtragshaushalt hin, wozu die 144 Millionen Mark Mehrausgaben nicht paßten. Die CDU-Fraktion versuche darzustellen, daß das Land den ÖPNV und den Schienenpersonenverkehr nicht primär fördere. 3,2 Milliarden Mark seien dafür im Haushalt. Der Bund sei zu seiner Leistung verpflichtet. Die Bundesmittel seien keine Almosen, für die das Land danken müsse. Auch der Versuch, die Ballungszentren und den ländlichen Raum gegeneinander auszuspielen, sei heiße Luft. Alle Regionen würden gefördert, die den gemeinsamen Weg gingen. Die Gebietskörperschaften müßten aber auch ihren Beitrag erbringen.

**Peter Eichenseher** (GRÜNE) bestätigte der CDU, in ihrem Antrag ziemlich genau seine Haushaltsrede zum Etat 1997 zitiert zu haben. Die GRÜNEN unterstützten die CDU-Forderung, die Mittel für den Nahverkehr zu erhöhen. Allerdings seien die von der CDU behaupteten Kürzungen bei den

Nahverkehrsinvestitionen so nicht vorgenommen worden. Die dem Land NRW zustehenden Regionalisierungsmittel stiegen deutlich an, die Mittel aus der Gemeindeverkehrsfinanzierung sanken um etwa 480 Millionen Mark. Die SPD nutze, das sei richtig, die Gelegenheit, um die Komplementärmittel des Landes herunterzufahren. Sie lasse ihren ÖPNV-Ausbau-Signalen nicht die Taten folgen. Von zahlreichen Gemeinden lägen Anträge in den Schubladen. Jüngstes Beispiel sei ein völlig unstrittiges, aber verschlepptes Projekt, der Haltepunkt Köln-Blumenberg. Wenn die Taktverdoppelung im Bus- und Bahnverkehr keine Luftblase sein solle, müßten zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Sowohl mehr Geld für ÖPNV als auch für Straßenbau zu fordern wie die CDU, sei allerdings auch nicht sinnvoll. Intelligente Konzepte wie das Nutzen vorhandener Trassen in Paderborn gefielen ihm besser als der Rückfall in die alte Betonpolitik.

**Verkehrsminister Wolfgang Clement** (SPD) bekannte sich als Liebhaber von Beton und verwahrte sich dagegen, das sehr komplizierte Instrumentarium der ÖPNV-Finanzierung im Plenum aufzudröseln. Die Zahlen in seinem Einzelplan machten den absoluten Vorrang für ÖPNV und Bahn deutlich. Die Bahn habe bei der Modernisierung von Strecken und Haltepunkten große Defizite. Der Bund setze die vereinbarten 20 Prozent Investitionen für Nahverkehr nicht um. Für noch besseren ÖPNV brauche NRW eine zusätzliche Finanzquelle. In Rushhours müßten doppelt so viele Busse und Züge eingesetzt werden. Deshalb schlage er die Erhöhung der Mineralölsteuer um 10 Pfennig vor. Das ergäbe sieben Milliarden Mark für den Nahverkehr bundesweit. Clement kündigte dem Parlament weitere Vorschläge der Landesregierung an.

den Ausschuß in den Verlauf der Verhandlungen mit den Banken einzubinden. Bickenbach berichtete von großem Interesse an einem Drei-Säulen-Modell mit

Trennung der echten Risiko-Beteiligungen, mittelständischen Betriebsmodernisierungen und Hilfen zur Abwendung von Konkurs.



## CDU will Vorrang für Wissenschaft im Etat verankern

Die CDU will erreichen, daß beim kommenden Landeshaushalt alle Möglichkeiten genutzt werden, um Mittel zugunsten des Wissenschaftsetats umzuschichten. Grund: Die drängenden Probleme der Wissenschafts- und Forschungspolitik mit Blick auf die Zukunftsperspektive und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts NRW bedürften umgehend einer „größeren politischen Zuwendung“. So steht es in einem Antrag der Union (Drs. 12/1939), den der Landtag Ende April einstimmig an den federführenden Wissenschaftsausschuß überwiesen hat.

**Manfred Kuhmichel** (CDU) erinnerte an die langjährigen (und vergeblichen) Bemühungen seiner Fraktion, durch eigene Anträge der Wissenschaftspolitik im Lande zu einer höheren Haushaltspriorität zu verhelfen. Ein Blick auf den gegenwärtigen Etat aber zeige, daß „nicht einmal im Ansatz der Wille zur Umsteuerung und Konsolidierung“ zu erkennen sei. Dabei seien die Hochschulen nur durch zusätzliche Mittel in der Lage, Ausbildung auf dem modernsten Stand zu betreiben und die dringend notwendigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen — hier werde der Stau auf vier Milliarden Mark beziffert — vorzunehmen. Immerhin habe die grüne Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses diesem Haushalt nur unter Vorbehalt zugestimmt, meinte Kuhmichel; die CDU teile voll ihre Sorge um die Zukunft des Wissenschaftshaushalts. Die Landesregierung forderte er auf, im Zuge der Umschichtung nach neuen Spielräumen in der Haushaltspolitik zu suchen, „um insbesondere dem unabwiesbaren Handlungsbedarf im Hochschulbau besser als bisher zu entsprechen“.

**Dietrich Kessel** (SPD) erklärte, Wissenschaft und Forschung besäßen schon jetzt im Landeshaushalt Priorität. Das zeige die stetige Steigerung in den vergangenen Jahren. Ganz anders der Bund: Er habe im Vergleich zum Vorjahr seine Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur um 5,6 Prozent gesenkt. Bonn sei der Adressat für die CDU des Landes, die für mehr Mittel im Hochschulbau plädiere, denn seit Jahren entziehe sich der Bund seiner Verpflichtung, „sich im erforderlichen Umfang an der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zu beteiligen“. In der CDU fehle es offenbar an Koordination; einerseits dringe

sie stets darauf, die Landesausgaben zu reduzieren, andererseits verlange sie mehr Geld für die Hochschulen, ohne dabei zu sagen, zu Lasten welcher anderer landespolitischer Aufgaben das gehen solle.

**Ingrid Fitzek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) widersprach dem Eindruck, sie trage als Ausschußvorsitzende den Wissenschaftsetat des Landes nicht mit. Der CDU-Antrag sei allgemein und vage, er verschweige die konkreten Vorstellungen der Fraktion: Mehr Leistungsdruck schaffen, mehr abfragbares Wissen lehren, Maulkörbe verhängen. So würden die Hochschulen zu reinen Lernfabriken — ihr „graue“ vor einer solchen Vorstellung. Als Folge der Bonner Kürzungen könnten in NRW viele Bau- und Sanierungsmaßnahmen nicht in Angriff genommen werden; auch im Personalbereich beschneide der Bund seit Jahren die Möglichkeiten der Länder. Der Antrag sei der unaugliche Versuch, „Ihre konservative Mixtur für den Hochschulbereich, die aus Knebelung und Knappheiten besteht, in einem angenehmeren Licht erscheinen zu lassen“.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) meinte unter Hinweis auf die Nichtbeteiligung der CDU an der letzten Haushaltsdebatte: „Sie karten lediglich nach, bringen aber nichts Neues.“ Der Anteil der Bildungs- und Forschungsfinanzen am Gesamthaushalt des Bundes haben einen historischen Tiefpunkt erreicht, fuhr sie fort, dies zu ändern könnte Gegenstand einer gemeinsamen parlamentarischen Initiative sein. Während Japan in einer ähnlichen Situation eine Verdoppelung des Bildungshaushalts plane, gebe es auf Bundesebene nur die „vollständige Depression, die Bremsung aller möglichen Entwicklungen in Forschung, im Hochschulbau und in den Bildungsausgaben“. Daran etwas zu ändern, hätte sie eigentlich Unterstützung erwartet.

**Manfred Kuhmichel** (CDU) bestritt der Koalition das Recht zum Vorwurf an die CDU, sie beteilige sich nicht an Haushaltsdebatten — „wo Sie doch über Jahre hinweg unsere Anträge rigoros kommentarlos und ignorant vom Tisch gefegt haben“. Natürlich könnte man den Antrag auch in Bonn stellen: „Nur bin ich Bundestagsabgeordneter, sondern hier im Landtag für meinen Bereich zuständig und tue hier im Gegensatz zu Ihnen meine Pflicht.“

**Ministerin Anke Brunn** (SPD) riet der CDU, ihre Auffassungen nicht erst im nachhinein, sondern beim nächsten Mal gleich in der Haushaltsdebatte einzubringen. „Dann könnten wir viel besser auf den Punkt diskutieren.“

## Landesbeirat soll Weiterbildung koordinieren und weiterentwickeln

„Endlich ständigen Landesbeirat für Weiterbildung einsetzen“ — so der Titel eines Antrags der CDU-Fraktion (Drs. 12/1882), den der Landtag Ende April erörtert und zur abschließenden Beratung an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung einstimmig überwiesen hat.

**Dr. Heinz-Jörg Eckhold** (CDU) warf der Landesregierung vor, sie habe es über viele Jahre versäumt, „in Abstimmung mit den Trägern der Weiterbildung einen sachgerechten und zukunftsweisenden Ausbau der Weiterbildung vorzunehmen“. Immer noch gebe es keine Klarheit darüber, was die Regierungskoalition auf diesem Gebiet zu ändern gedenke, „fatal wäre es jedoch, wenn auf der Grundlage des Evaluationsverfahrens vom Land Entscheidungen im Bereich der Weiterbildung vorbereitet würden, die weniger die Kommunen, vor allem jedoch die anderen Träger in Schwierigkeiten bringen würden“. Zu warnen sei vor der „Kommunalisierungsklausel, die zur Motivationsbremse bei anderen Trägern werden müßte“. Der geforderte Landesbeirat wäre demokratisch verfaßt und würde alle wichtigen Träger und Verantwortlichen einbeziehen.

**Manfred Degen** (SPD) wollte wissen, warum der Vorschlag aus den 70er Jahren „jetzt fröhliche Urständ feiert“. Übereinstimmend habe man vor kurzem erst die Evaluation und neben dem alle fünf Jahre vorgelegte Weiterbildungsbericht das jährliche Stattfinden der Weiterbildungskonferenz beschlossen. Das alles diene dazu, um auf der Basis der Bestandsaufnahme Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Der Antrag sollte im Ausschuß erst beraten werden, „wenn die Ergebnisse des Evaluationsverfahrens vorliegen“. Dann sei festzustellen, ob ein solcher Ausschuß gebraucht werde.

**Brigitte Schumann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nannte den Zeitpunkt der Antragsvorlage „unpassendst. Ich möchte die Studie abwarten und ihre Ergebnisse diskutieren“. Die Konstruktion des Gremiums müsse auch mit den Beteiligten erörtert und nicht über ihre Köpfe hinweg installiert werden. Es gehe nicht an, die Ergebnisse der Evaluation vorwegnehmen zu wollen. „So einen Schnellschuß kann ich nicht billigen.“

**Weiterbildungsministerin Gabriele Behler** (SPD) meinte, man sollte sich an die Verabredung halten, „während der Phase der Evaluation keine Strukturveränderungen im Weiterbildungsbereich einzuleiten“. Das Ergebnis werde im Sommer vorliegen, „und bereits im Oktober werden wir es gemeinsam in der Weiterbildungskonferenz beraten. Ich empfehle, Ihre Initiative in diesen Kontext einzubinden“. Sie werde in diesen Tagen zudem den vierten Weiterbildungsbericht der Landesregierung vorlegen. Im übrigen sei man in der Notwendigkeit einer effektiven allgemeinen und beruflichen Weiterbildung weitgehend einig.



Debatte über den Stellenwert von Wissenschaft und Forschung im Etat von Land und Bund (v.l.): Manfred Kuhmichel (CDU), Dietrich Kessel (SPD), Ingrid Fitzek (GRÜNE) und Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD).  
Fotos: Schälte

## Problem der Mitgliedschaft von Ministern in Aufsichtsräten der Unternehmen

# Fraktionen beurteilen Interessenvertretung konträr

Der Landtag hat nach erster Lesung einen Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung der Landesverfassung an den Hauptausschuß überwiesen. Die CDU will erreichen, daß Minister nur „in begründeten Ausnahmefällen“ Aufsichtsposten oder ähnliche Mandate bei Privatunternehmen übernehmen dürfen. Die GRÜNE-Fraktion war dabei weitgehend der Meinung der Opposition. Von der SPD wurden Interessenkollisionen nicht gesehen. Gerade heute in einer Zeit, in der ausschließlich der „shareholder value“ den Kurs bestimmen, sei es notwendiger denn je, auch die Verantwortung von Unternehmen für die Region zur Sprache zu bringen. Es gebe für die SPD keinen Grund, an bewährter und verfassungsrechtlich abgesicherter Praxis künftig nicht festzuhalten, hieß es (Drs. 12/1943).

**Ruth Hieronymi** (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, erklärte, die CDU-Fraktion fordere eine Klärung der Vorschriften, nach denen Mitglieder der Landesregierung Funktionen in Aufsichtsräten oder ähnlichen Gremien in wirtschaftlichen Zwecken dienenden Unternehmen wahrnehmen dürften. Die CDU fordere sehr nachdrücklich, wie es auch die Verfassung vorschreibe, eine klare Trennung von wirtschaftlicher und politischer Macht. Nach der Landesverfassung dürften Mitglieder der Landesregierung die Wahl in den Vorstand, Verwaltungsrat oder Aufsichtsrat industrieller oder ähnlicher den Gelderwerb bezweckender Unternehmungen nur mit besonderer Genehmigung des Hauptausschusses des Landtags annehmen. Die in der Verfassung ganz bewußt gewählte Formulierung „nur mit besonderer Genehmigung“ mache deutlich, daß es sich hierbei um einen Ausnahmetatbestand handle. Kriterien nach denen diese Ausnahme bewilligt werden solle, seien weder in der Landesverfassung noch im Landesministergesetz bisher vorgesehen. Deshalb stelle man immer wieder fest, daß es für diese Entscheidungen, für diese Ausnahmegenehmigungen keine ausreichende Transparenz gebe. Jüngstes Beispiel sei die Ankündigung der sogenannten feindlichen Übernahme des Thyssen-Konzerns durch die Krupp AG. Hierbei habe insbesondere die Nachricht, daß die Vertreter der Landesregierung in den Aufsichtsgremien der beiden Stahlunternehmen angeblich bis zur letzten Minute nichts von der geplanten Übernahme gewußt hätten, ungläubiges Staunen ausgelöst. Es sei überdeutlich geworden, daß die Mitgliedschaft von Vertretern der Landesregierung in Aufsichtskontroll- und Lenkungs-gremien unbestreitbare Interessenkonflikte in sich berge.

**Klaus Matthiesen** (SPD), Fraktionsvorsitzender, bekräftigte, die jüngste Stahlkrise als Beleg für Interessenkollisionen zu bemühen, sei nun wirklich und absolut neben der Sache. Die Landesregierung habe eine Moderatorenfunktion übernommen, um eine feindliche Übernahme abzuwenden. Die Landesregierung habe die Vorstände von Krupp-Hoesch und Thyssen miteinander ins Gespräch gebracht. Die

Landesregierung habe maßgeblichen Anteil daran, daß der Gesprächsfaden auch in der Folgezeit nicht abgerissen sei. Es sei auch der Landesregierung zu verdanken, daß ein für alle erträgliches Ergebnis zustande gebracht worden sei und daß betriebsbedingte Kündigungen nicht stattfänden. Die von der CDU beschworene Interessenkollision könne er bei diesem Vorgang überhaupt nicht feststellen. Die Landesregierung habe im Interesse des Landes, der Arbeitnehmer



Moderatorenfunktion: von links oben nach rechts unten: Ruth Hieronymi (CDU), Klaus Matthiesen (SPD), Gisela Nacken (GRÜNE) und Dr. Helmut Linsen (CDU).  
Fotos: Schälte

und der Unternehmen gehandelt. Es sei gänzlich unangebracht, aus reinen parteipolitischen Gründen einen Interessenkonflikt herbeireden zu wollen. Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion unterstelle, Unternehmensinteresse und Landesinteresse ließen sich nicht vereinbaren. Die konstruierte Konfliktlage bestehe aber in dieser Weise nicht. Den Aufsichtsgremien in Unternehmen der Montanmitbestimmung hätten zu allen Zeiten Mitglieder der Landesregierung angehört. Er erinnerte daran, daß die IG Bergbau und die IG Metall sich seit jeher bemühten, Mitglieder, die auch dem öffentlichen Wohl verpflichtet seien, in die Aufsichtsräte zu berufen. Matthiesen ging ferner auf die Änderung der Unternehmenskultur ein. Bis 1965 seien die Unternehmen durch eine ausdrückliche Regelung im Aktiengesetz dem Gemeinwohl verpflichtet gewesen. Heute sei es dagegen „modern“, den Unternehmenserfolg ausschließlich an dem shareholder-value zu orientieren. Bei diesem Denken zähle die Verbundenheit zwischen Unternehmen und seinen Arbeitnehmern und der Region kaum noch, oder die

Beziehungen würden zunehmend brüchig. Klaus Matthiesen folgerte: „Deshalb sage ich in aller Deutlichkeit, daß das Interesse unseres traditionellen Industrielandes nur dahin gehen kann, sich mit aller Kraft diesem einseitigen Denken und einer solchen einseitigen Entwicklung entgegenzustellen.“

**Gisela Nacken** (GRÜNE), Fraktionssprecherin, sagte, inhaltlich stimmten die GRÜNEN mit dem im CDU-Antrag formulierten Problembeschreibungen und auch mit den Vorschlägen überein. „Auch aus unserer Sicht ist das Kernproblem, daß Aufsichtsräte auch auf der Arbeitnehmerbank für das Wohl des Unternehmens verpflichtet sind, Minister sind für das Wohl des Landes verpflichtet“, folgerte Frau Nacken. Das müsse per se kein Interessengegensatz sein. Da habe Klaus Matthiesen recht. Aber es könne einer sein, und es könne zu schwierigen Interessenkonflikten kommen. Nicht einschränken wolle man die Montanmitbestimmung. Das könne gerade wegen des vor kurzem erlebten Konfliktes nicht im Interesse liegen. Den Fraktionsvorsitzenden der CDU erinnerte sie daran, er habe nach den jüngsten Vorgängen in der Stahlbranche ausdrücklich das Engagement der Politik in diesem Konflikt gelobt. Unverständnis äußerte sie darüber, wie die CDU in diesem Zusammenhang die Krupp-Stiftung einmischen könne. Die Krupp-Stiftung, da stimme sie mit Matthiesen überein, sei eine gemeinnützige Stiftung und habe absolut nichts mit Gelderwerb zu tun. Die Abgeordnete stellte die Frage, was die Initiative der CDU helfe und beantwortete sie selbst: „Ich meine: rein gar nichts“.

**Dr. Helmut Linsen** (CDU), Fraktionsvorsitzender, betonte, der Interessenkonflikt liege so auf der Hand, wie es deutlicher überhaupt nicht sein könnte. Der Ministerpräsident sage entgegen dem, was immer behauptet werde, er habe doch in der Krupp-Stiftung nur philanthropische Zwecke zu verfolgen. Wenn jedoch die Satzung der Krupp-Stiftung beinhalte, daß die Stiftung und ihre Organe bei Entscheidungen, die sich auf ihre Beteiligung an der das Unternehmen Friedrich Krupp fortführenden Kapitalgesellschaft bezögen, im Geiste des Stifters und seiner Vorfahren darauf achten sollten, die Einheit dieses Unternehmens möglichst zu wahren und seine weitere Entwicklung zu fördern, dann habe dies etwas mit Unternehmenszweck zu tun. Das sei auch völlig selbstverständlich. Wenn man mit 54 Prozent Anteilseigner an einem so großen Unternehmen sei, dann sei doch eine Stiftung berufen, sich um den Unternehmenszweck zu kümmern. Wie schon bei der Debatte 1991/92 unterstrich Linsen für die CDU, daß man selbstverständlich der Meinung sei, „daß wir zu Recht in solchen Unternehmen der Steinkohle, die finanziell vom Staat abhängig sind, mitreden. Überall da, wo wir als öffentliche Hand das Sagen haben, müssen wir natürlich unsere Eigentümerfunktion wahrnehmen“. Aber doch nicht in den Fällen, in denen man überhaupt nichts zu sagen habe, wie bei Krupp, bei Thyssen oder bei Rheinbraun.



Eine Delegation des Föderationsrates der Russischen Föderation hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) im Landtag empfangen. Die Delegation wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Föderationsrates, Dr. O. P. Korolev (l.) geleitet (Bild links). – Das rechte Bild gibt den Besuch des Großen Staatshurals der Mongolei, Dr. Radnaasumberiin Gonchigdorj (M.), beim Landtagspräsidenten im Landtag wieder. Der mongolische Vorsitzende wurde von seiner Ehefrau Dandimasurengiin Khishigt (l.) und einer Delegation begleitet. Beim Empfang war auch der Botschafter der Mongolei in Deutschland, Luvsanjam's Udval dabei. Fotos: Schälte

## Opposition fordert schnell einen Nachtragshaushalt Finanzminister aber sieht NRW als finanzstarkes Land

Die CDU hat der Beratung ihres Antrages „Die Landesfinanzen in der Krise – sofortiges Umsteuern durch energische Sparpolitik erforderlich“ schnell einen Nachtragshaushalt gefordert, der noch vor der Sommerpause verabschiedet werden sollte. SPD und Landesregierung meinten dagegen, die Opposition wolle eine Krise herbeiführen. NRW habe keinen Grund, sich vor der Entwicklung in den nächsten Monaten zu fürchten. Die GRÜNEN orteten den Grund für mögliche Schwierigkeiten in der Bonner Finanzpolitik. Der Antrag der CDU wurde mit den Stimmen der Koalition abgelehnt (Drs. 12/1938).

**Dr. Helmut Linssen** (CDU), Fraktionsvorsitzender, erklärte, man verzeichne in NRW laut Vorlage der Landesregierung eine Steigerung des Haushaltsvolumens um 2,4 Prozent. Das sei die höchste Zuwachsrate aller Länder. Daß das nicht zu finanzieren sei, habe die CDU schon im vergangenen Jahr klargemacht. Das gleiche gelte auch für die Steuermehreinnahmen. Die sechs führenden Wirtschaftsinstitute erwarteten in ihrem Frühjahrsgutachten, daß die Steuereinnahmen 1997 nur um knapp zwei Prozent zunehmen würden. Der Finanzminister dieses Landes gehe aber hin und stelle satte drei Milliarden Mark Mehreinnahmen in den Haushalt 1997 ein. Das entspreche einer Steigerungsrate von 4,5 Prozent. Jetzt sei das Defizit natürlich um so größer, der Katzenjammer sei riesig. Was tue die Landesregierung, um das Desaster abzuwenden. Sie tue zunächst einmal gar nichts. Er vermute, das liege daran, daß es diese unselbige Koalition nicht zulasse. Die SPD müsse natürlich mit millionenschweren Geschenken die grüne Klientel bei Laune halten. Natürlich seien mit diesem Luxuspartner echte Sparanstrengungen nicht zu vereinbaren. Dem Finanzminister hielt Linssen vor, er wolle, daß kein politischer Ärger entstehe, versündige sich aber an der

nächsten Generation. Mit einer bloßen Haushaltssperre komme er in diesem Jahr nicht mehr zu Rande. Um den Haushalt auszugleichen, brauche er einen Nachtragshaushalt. Den habe die CDU bereits Ende des vergangenen Jahres hier eingefordert. Man brauche einen Nachtragshaushalt schnell, damit er noch vor der Sommerpause verabschiedet werden könne.

**Gisela Meyer-Schiffer** (SPD) bezeichnete den Oppositionsantrag als den absolut untauglichen Versuch, wieder einmal ein Spektakel um die Krise der Finanzen zu inszenieren. Die Stichpunkte seien sofortige Haushaltssperre, Nachtragshaushalt aufstellen, Politik umsteuern und in der Krise leben. Diesmal allerdings sei der Aufhänger für das CDU-Spektakel besonders unglücklich gewählt. Denn das Pikante an der Sache sei, „daß nicht einmal Ihr eigener Bundesfinanzminister Ihre dramatische Darstellung der Lage teilt“. Waigel habe immer wieder persönlich davor gewarnt, die Steuereinnahmen des ersten Quartals auf das ganze Jahr hochzurechnen. Der Bundesfinanzminister sei umfassend optimistisch, was die Steuerentwicklung betreffe. Das werde aufgrund der Faktenlage in NRW so nicht geteilt, aber es sei immerhin interessant. Auch die CDU-Kollegen in Baden-Württemberg seien offensichtlich zur Zeit nicht der Meinung, daß die Lage hochdramatisch sei. Fachleute warteten zur Zeit, wie sich die Situation darstelle und redeten nicht die Krise herbei, schon gar nicht in NRW. Sie denke, dies hier sei ein durchsichtiger Versuch, eine dramatische Lage zu inszenieren. Es sei deutlich an der Zeit, noch einmal klarzustellen, daß man in NRW überhaupt gar keinen Grund habe, sich vor der Entwicklung in den nächsten Monaten zu fürchten. Der Kollege Linssen habe der Öffentlichkeit verschwiegen, daß man einen absolut soliden Haushaltsabschluß

habe und unter der Kreditlinie geblieben sei.

**Dr. Stefan Bajohr** (GRÜNE) vertrat die Auffassung, es gebe voraussichtlich keinerlei Entlastung beim Länderfinanzausgleich für NRW, weil andere Zahlerländer, zum Beispiel Bayern und Baden-Württemberg, ebenfalls betroffen seien. Bayern habe ein Minus von 5,5 Prozent bei den Steuereinnahmen im ersten Quartal und Baden-Württemberg eines von – fast wie NRW – 6,3 Prozent. „Das ist ein dramatischer Einbruch in allen Ländern. Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, haben das vorausgesagt.“ Deshalb habe man sich nachdrücklich gegen die Abschaffung der Vermögensteuer ausgesprochen. Trotz der Warnung habe die Koalition in Bonn die Vermögensteuer gekippt. In Richtung Bonn meinte Bajohr, eine der Hauptursachen für die Schwierigkeiten liege darin begründet, daß es erstens Steuergeschenke mit erheblichen Steuersatzsenkungen gegeben habe, daß es zweitens kaum Einschnitte bei den Sonderabschreibungen gegeben habe und daß drittens die Kapitalgesellschaften durch die Politik in Bonn nicht davon abgehalten würden, ihre Gewinne steuermindernd ins Ausland zu transferieren oder Auslandsverluste hier steuermindernd geltend zu machen. Ein weiterer wichtiger Grund für den Steuerrückgang sei die schlechte Wirtschaftslage. Als Grund für den Rückgang des Lohnsteueraufkommens nannte er ferner die Massenarbeitslosigkeit.

**Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) riet dem Kollegen Linssen, „brutto“ und „netto“ nicht zu verwechseln, wenn er versuche, die reale Steigerung des Bruttoinlandsprodukts mit den Steuereinnahmen identisch zu machen, wenn er zu erklären versuche, daß das reale Bruttoinlandsprodukt die Steuereinnahmeerwartungen seien, die die Sachverständigen (weiter nächste Seite)



digen geäußert hätten, sei das schlicht und ergreifend falsch. Was der CDU-Fraktionsvorsitzende vorgetragen habe, habe mit der Wirklichkeit wenig zu tun: NRW sei ein finanzstarkes Land. Der Minister folgerte: „Neben Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg sind wir nicht nur das Zahlerland im Länderfinanzausgleich schlechthin. Die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens tragen auch im großen Maße die Gesamtfinanzierung Deutschlands“. Im letzten Jahr habe man allein für den Länderfinanzausgleich, für den Umsatzsteuerausgleich und für den Fonds „Deutsche Einheit“ neun Milliarden Mark bewegt. Das heiße, man sei auch ein solidarisches Land. Mit diesen neun Milliarden Mark helfe man beim Aufbau der

neuen Länder und man unterstütze die weniger stabilen Ländern im alten Teil der Republik. Die NRW-Finanzpolitik sei solide und verlässlich. Die Kreditaufnahmen seien in seiner gesamten Amtszeit nie überschritten worden. NRW sei das sparsamste Land in Deutschland. Man habe 1996 pro Kopf der Bevölkerung 4 658 Mark ausgegeben. Im Durchschnitt der alten Flächenländer seien es 5 044 Mark gewesen. Sorgen machte dem Finanzminister, daß die veranlagte Einkommensteuer, 1991 beginnend, mittlerweile sozusagen zu einer Reststeuer verkommen sei.

**Helmut Diegel** (CDU) betonte, man dürfe nicht mehr nur noch zugucken. Der Finanz-

minister müsse dringend Vorsorge treffen. Er müsse sich überlegen, wie er mit dem Parlament gemeinsam Vorsorge treffe für einen Haushalt, der einer dramatischen Entwicklung unterliege. Zu der Aussage des Ministers, Nordrhein-Westfalen müsse mehr sparen als andere, meinte Diegel: „Ich bin froh und glücklich, daß sie diese Aussage der CDU-Fraktion hier heute übernommen haben. Darin stimmten wir mit Ihnen überein.“ Er unterstrich, daß seine Fraktion einen Nachtragshaushalt möchte. Er fragte: „Warum greifen Sie nicht zu diesem Instrument?“ Nahezu alle anderen Länder der Bundesrepublik Deutschland dächten nicht nur ernsthaft über einen Nachtragshaushalt nach, sondern hätten ihn schon beschlossen.



Plenare Streiflichter: im linken Bild v. l. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) im Gespräch mit der GRÜNEN-Fraktionsvorsprecherin Gisela Nacken — Im rechten Bild der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hermann-Josef Arentz (v. l.) und der Abgeordnete Michael Breuer (beide CDU) beim Meinungsaustausch. Fotos: Schälte

## Arbeit im Jülicher ISR dient allein der Sicherheits- und Vorsorgeforschung

Wissenschaftsministerin **Anke Brunn** (SPD) hat in einer Fragestunde des Landtags die Frage des CDU-Abgeordneten **Manfred Kuhmichel**, welche zur Zeit im „Institut für Sicherheitsforschung und Reaktortechnik (ISR)“ in Jülich stattfindenden konkreten Forschungstätigkeiten, weil mit dem rot-grünen Koalitionsvertrag angeblich nicht vereinbar, in absehbarer Zeit auslaufen oder ausgeschlossen werden sollten, mit einem klaren „keine“ beantwortet. Die Ministerin erwähnte in ihrer Begründung, sie habe am 30. Januar im Plenum erklärt, daß die Landesregierung keinen Grund sehe, Forschungstätigkeiten im Institut für Sicherheitsforschung und Reaktortechnik in Jülich auslaufen oder ausschließen zu lassen. Im ISR würden keine neuen Reaktortypen entwickelt. Alle Forschungsvorhaben in Jülich dienten allein der Sicherheits- und Vorsorgeforschung, die immer noch notwendig sei. Sie bewegten sich im Rahmen des Institutsauftrags. Die Forschungsvorhaben im ISR dienten dazu, die Sicherheit großtechnischer Anlagen überhaupt und besonders kerntechnischer Anlagen zu erhöhen. Das ISR untersuche störfallbedingte Risiken großtechnischer Systeme und suche Lösungen für

Fragen nuklearer Entsorgung. Solange noch Reaktoren geplant und gebaut würden, müßten auch deren Konzepte wissenschaftlich hinterfragt werden. „Denn Strahlen kennen keine Grenzen“, folgerte Frau Brunn. So erprobten die Jülicher Forscher zum Beispiel in einem europäischen Verbund auch Systeme, die die Sicherheit osteuropäischer Reaktoren erhöhen könnten. Die Haltung der Landesregierung in diesem Punkt sei eindeutig. In der Tat sei aber die Grenzziehung zwischen sicherheits- und ingenieurtechnischen Machbarkeitsstudien schwierig. Deshalb sei man darüber auch mit dem Koalitionspartner im Gespräch.

Auf die Zusatzfrage des CDU-Abgeordneten **Rudolf Henke**, ob bei den kommenden Haushaltsberatungen die Fördermittel des Landes drastisch gesenkt würden, erklärte Anke Brunn, wenn der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung vorliege, könne man über die Sache in Ruhe diskutieren. Im übrigen wüßten alle, daß der Haushalt der KFA nicht nur mit dem Landtag, sondern auch mit dem Bund zu beraten sei. Auf eine weitere Frage des CDU-Abgeordneten **Dr. Andreas Lorenz**, ob das Problem ausgestanden sei, wonach laut Aussagen

des GRÜNE-Politikers Busch die Sicherheitsforschung am ISR in Jülich nicht mit dem Koalitionsvertrag vereinbar sei, meinte die Ministerin: „Ich denke, daß der Kollege Busch seine Äußerungen selbst kommentieren sollte. Ich kommentiere die Position der Landesregierung.“ Sie schloß, Bundesregierung und Landesregierung hätten sich darauf verständigt, daß die kerntechnische Forschung in Jülich auf Sicherheitsforschung konzentriert werde. Das sei der Institutsauftrag. „Bei der Sicherheitsforschung wird es keine Abstriche geben.“

## Gorleben-Transporte

Zu allen Zeiten habe es für alle Transporte nach Gorleben auch Alternativstrecken gegeben, die durch nordrhein-westfälisches Gebiet führten. Sie seien zum Teil auch in Anspruch genommen worden. Insofern könne es eine generelle Aussage, nicht durch NRW, weder durch ihn noch durch irgend ein anderes Mitglied der Landesregierung geben. Das erklärte Innenminister **Franz-Josef Kniola** (SPD) auf eine mündliche Anfrage des CDU-Abgeordneten **Heinz Paus** in einer Fragestunde des Landtags.

## Mikrosystemtechnik als Schwerpunktfach in Studiengängen und bei der Forschung

Die Mikrosystemtechnik sei inzwischen Schwerpunktfach in Studiengängen und Gegenstand von Forschungsschwerpunkten in Hochschulen sowie eines Arbeitskreises von Fachhochschulen geworden. Darauf macht der Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Wolfgang Clement (SPD), in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Hubert Schulte aufmerksam.

Im industriellen Umfeld sei von seinem Ministerium seit Ende der 80er Jahre das Mikrotechnologie-Netzwerk NRW aufgebaut worden. Dem liege die Erkenntnis zugrunde, daß erst durch das Zusammenfügen von Mikrokomponenten wie Mikroelektronik, Mikrooptik, Mikrosensorik mit mechanischen Mikrostrukturen Mikrosysteme als notwendige Vorstufe für verwertbare Produkte entstünden, betont der Minister.

## Bedürfnisse der heimischen Unternehmen

Er berichtet weiter, die Technologieförderung der Landesregierung zielen auf die Bedürfnisse der heimischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Besonders um diesen Unternehmen den Zugang zu teuren High-Tech-Anlagen und -Geräten zu ermöglichen, sei 1992 eine Landesförderung über 24 Millionen Mark für die Errichtung des Mikrostruktur-Zentrums NRW im Technologie-Zentrum Dortmund bewilligt worden. Das Mikrostruktur-Zentrum arbeite seit 1994. Mit Unterstützung des Landes sei ferner die Mikrostrukturtechnik-Initiative NRW mit Sitz in Dortmund gegründet worden. Diese Initiative habe derzeit 42 Mitglieder, davon 27 Firmen und 15 Institute bzw. Forschungseinrichtungen. Sieben Mitglieder, davon vier Firmen, stammten aus Holland und Österreich.

Der Minister fährt fort, vielfach habe durch eine gezielte Förderung durch das Wirtschaftsministerium erreicht werden können, daß Forschungsgruppen nordrhein-westfälischer Hochschulen sich in bundesweite und europäische Forschungsaktivitäten hätten einbringen und dabei erhebliche Drittmittel einwerben können. Schwerpunktbildungen in Fachhochschulen seien darüber hinaus im Jahr 1994 begonnen worden und würden im Rahmen des Innovationsprogrammes Forschung seit 1996 fortgeführt. Maßgeblich mitgewirkt habe das Wirtschaftsministerium ferner beim Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, die in Teilbereichen der Mikrosystemtechnik wie Mikroelektronik, Chemo- und Biosensorik, Optoelektronik, Mikrostrukturtechnik arbeiteten und projektbezogen aus dem Ministeriumshaushalt und strukturfördernden Programmen unterstützt würden.

Der Minister teilt weiter mit, nach aktuellem Kenntnisstand der Landesregierung seien an 14 Standorten in NRW zwölf Universitäten und acht Fachhochschulen auf dem



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) hat als erster den Datenschutzbericht 1995/96 entgegengenommen. Die Landesbeauftragte für den Datenschutz, Bettina Sokol (r.), überreichte den Bericht dem Präsidenten im Landtag. Frau Sokol wies darauf hin, daß auch beim 13. Datenschutzbericht der Schwerpunkt auf der engen Verbindung von Datenschutz und Technik liege. Damit Datenschutz stärker präventiv wirke, seien datenschutzfreundliche Technologien zu entwickeln. Der Grundsatz der Datenvermeidung könne mit Hilfe der Technik realisiert werden. Die Datenschutzbeauftragte wies in einer Pressemitteilung darauf hin, daß es in Sachen Datenschutz nicht überall zum besten stehe. Das Spektrum reiche von Datenschutzverstößen „aus Versehen“ über Schlampereien bis hin zu anhaltendem Widerstand gegen die Umsetzung gesetzestreuem Verhaltens. Erfreut zeigte sich Bettina Sokol, daß sich die Koalitionsfraktionen im Innenausschuß darauf geeinigt hätten, vor der Weitergabe der Daten von Bürgerinnen und Bürgern an Adreßbuchverlage die Einwilligung der Betroffenen einzuholen.

Foto: Müller

Gebiet Mikrosystemtechnik tätig. Besondere Forschungsschwerpunkte seien in der RWTH Aachen, den Universitäten-Gesamthochschulen Duisburg und Paderborn, den Fachhochschulen Münster, Bochum und Gelsenkirchen (im Aufbau) zu finden. Außerhalb der Hochschulen widmeten sich schwerpunktmäßig das Institut für Chemo- und Biosensorik (ICB) in Münster und das Fraunhofer-Institut für Mikroelektronische Schaltungen und Systeme (FhG-IMS) in Duisburg der Mikrosystemtechnik und seien von der Landesregierung nachhaltig finanziell unterstützt worden.

Weitere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen beschäftigten sich in Teilbereichen mit der Mikrosystemtechnik. Hier seien das Advanced Microelectronic Institute Aachen (AMICA) sowie das Fraunhofer Institut für Produktionstechnologie (FhG-IPT) in Aachen zu nennen. Als Großforschungseinrichtungen mit Sitz in NRW hätten auch das Forschungszentrum Jülich (KFA) und die GMD-Forschungszentrum Informationstechnik GmbH Forschungsthemen der Mikrosystemtechnik aufgegriffen, teilt Clement mit.

Der CDU-Abgeordnete Schulte hatte in seiner Anfrage darauf hingewiesen, daß die Mikrosystemtechnik als besonders aussichtsreiche Technologie an der Schwelle des 21. Jahrhunderts angesehen werde. Marktstudien prognostizierten für das Jahr 2000 ein Weltmarktvolumen für Mikrokomponenten von rund 14 Milliarden US-Dollar, für aus ihnen gefertigten Systemen gar von 100 Milliarden US-Dollar. Mikrosystemtechnik als hochkomplexe Komponenten-technik schein besonders geeignet, mit anwendungsspezifischen Lösungen jenseits von Massenprodukten gerade auch für kleine und mittlere Unternehmen Wettbewerbsvorteile zu erzielen und damit Beschäftigung in der Region zu sichern (Drs. 12/1853).

## Kirch-Gruppe schon in NRW engagiert

Unternehmen der Kirch-Gruppe engagierten sich bereits seit etlichen Jahren in NRW. Darauf machte Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) in seiner Antwort auf eine Mündliche Anfrage der stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Ruth Hieronymi aufmerksam. Sie hatte wissen wollen, ob Clement die Meinung des GRÜNE-Fraktionssprechers Roland Appel teile, der geäußert habe, es gebe kein Engagement von Kirch in NRW, und es werde dies auch nicht geben. Der Minister führte als Beispiele an, daß die Firma Neue Constantin, die zur Kirch-Gruppe gehöre, im Kölner Media-Park den Kinotheaterkomplex „Cinedom“ errichte. Die Firma habe auch Kinospielefilme in NRW hergestellt. Die Fernsehproduktionsfirma der Kirch-Gruppe „NDF“ habe vor kurzem ein Tochterunternehmen in NRW eröffnet. Ferner engagiere sich der Fernsehsender SAT 1 in beträchtlichem Umfang mit TV-Produktionen in NRW. Die Kirch-Gruppe reagiere damit offensichtlich auf die dynamische Entwicklung des Medienstandorts NRW. „Die Kirch-Gruppe gehört zu den bedeutendsten Medienunternehmen in Europa, vermutlich sogar darüber hinaus“, folgerte Clement. Er könne über das wachsende Engagement der Kirch-Gruppe in NRW nur froh sein. Man habe keinerlei Anlaß, zwischen erwünschten oder unerwünschten Arbeitsplätzen zu unterscheiden. Die Kirch-Gruppe sei mit Investitionen hier in NRW willkommen. Auf eine Zusatzfrage des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Helmut Linssen, ob er sich in seinem Bemühen um Arbeitsplätze von seinem GRÜNE-Koalitionspartner ausreichend unterstützt sehe, sagte der Minister, er habe nicht die Absicht, Meinungsunterschiede, die es gebe, wegzureden.

## Innenpolitiker Jentsch prüfte Drogenhilfen in Frankfurt, Amsterdam und Zürich

# Drogenpolitik soll sich pragmatisch orientieren, um die Zahl der Kranken und Toten zu senken

Als Ergebnis einer dreitägigen Reise, die ihn nach Frankfurt, Amsterdam und Zürich führte, stellte der Gütersloher SPD-Abgeordnete Jürgen Jentsch fest, daß durch Hilfsmaßnahmen in den genannten Großstädten abhängige Menschen eine berechnete Chance zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft erhalten.

Begonnen hatte Jürgen Jentsch, Mitglied des Ausschusses für Innere Verwaltung im Landtag, seine Reise und seine Gespräche mit Experten in Frankfurt. Dort haben seiner Ansicht nach Stadt, Staatsanwaltschaft, Polizei und Sozialarbeit ein bisher in Deutschland einmaliges Projekt in die Wege geleitet. Als sinnvolle Ergänzung erhalten dort volljährige Drogenabhängige, die bisher ihren Konsum in der offenen Szene praktizierten, ein zusätzliches gesundheitliches Angebot zur bestehenden Drogenhilfe.

Risikovermindert bekommen sie unter hygienisch einwandfreien Bedingungen Einwegspritzen in den sog. Gesundheitsräumen, um dort ihr Heroin zu spritzen. Inzwischen steht fest, daß insbesondere die sonst nur schwer erreichbaren Altfixer dieses Angebot annehmen und so einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Erkrankungen und Infektionsrisiken leisten. Dazu kommt der Rückgang der Todesrate um etwa 30 Prozent. Auch sind die Auseinandersetzungen zwischen den Fixern und den Anwohnern deutlich zurückgegangen. Die Befürchtung, durch diese inzwischen vier Gesundheitsräume würde die Szene insgesamt stärker belebt, hat sich nicht bewahrheitet. Eine Sogwirkung insbesondere auf Jüngere ist nicht eingetreten, und auch der illegale Drogenhandel hat sich nicht ausgeweitet. Möglich wurde diese insgesamt positive Einrichtung durch ein Rechtsgutachten, das bestätigte, daß die Einrichtung solcher Konsumräume nicht gegen geltendes Recht verstößt, da der Handel und die Abgabe illegaler Drogen verboten bleibt. Wichtig sei es, vorrangig langjährige Abhängige aus der Sucht herauszuführen. „Dabei zeigt gerade dieser integrative Ansatz“, so Jürgen Jentsch „wie sich hier Lebenswelten zu verändern beginnen.“ Diese Grundstruktur ist politisch in Frankfurt unstrittig. Diskutiert wird inzwischen die Einrichtung weiterer Gesundheitsräume. Alle Parteien sprächen dabei von einem Irrweg der Drogenpolitik der Bundesregierung, hieß es.

Ähnlich positive Aussagen gab es auch in Amsterdam. Auch hier gibt es ein breites und differenziertes Angebot an Hilfen, die optimal auf die Bedürfnisse abgestimmt sind. Dabei soll vor allem auf neue Entwicklungen reagiert werden, wie den Mehrfachdrogengebrauch, der Vergreisung der Drogenszene und die damit verbundene schlechte körperliche Verfassung der Abhängigen, die sich vor allem in der Zunahme von Infektionskrankheiten wie Aids, Tuberkulose und Hepatitis auswirkt. Als wichtigster Bestandteil der Drogenpolitik der Niederlande gilt die Verabreichung von

dosiertem Methadon als Heroinersatzstoff. Trotzdem bleibt eine Minderheit übrig, die diese einzunehmende flüssige Droge ablehnen, so daß auch über eine experimentelle Abgabe von Heroin diskutiert wird. Die Niederlande, durch die Einrichtung der „Coffee-Shops“ und der dort erhältlichen kleinen Mengen an Cannabis bekannt geworden, halten auch künftig an diesem Konzept fest. Die neuerdings praktizierte strengere Lizenzierung dient allein dazu, die organisierte Kriminalität aus diesem Bereich herauszuhalten. Allerdings bleibt es bei der strikten Trennung von weichen (Cannabis) und harten (Heroin) Drogen. Weiche Drogen bleiben entkriminalisiert. Ziel bleibt es, auf Grund der erworbenen Erfahrung nicht vorrangig auf Drogenentzug, sondern auf Resozialisierung zu setzen. Auch hier sind die Drogenabhängigen zwischen 25 und 50 Jahren alt und durch die

grenzung. Dies gilt für Alkohol- wie für Heroinsüchtige. Im Netzwerk dieser Hilfen wird ein Arbeitsplatz und eine eigene Wohnung wieder eine erreichbare Größe. Informativ war auch die dritte Station Zürich. Gerade hier waren neue Wege notwendig, um dem erheblichen Problemdruck der internationalen Drogenszene begegnen zu können. Neben der schon lange selbstverständlichen Methadonabgabe wird in einem auf drei Jahre angelegten umfangreichen wissenschaftlichen Versuch Heroin kontrollierbar ausgegeben. Das heißt, Heroinsüchtige können bis zu viermal am Tag eine vorher vom Arzt dosierte Menge an Heroin in einer Einwegspritze erhalten. Diese diversifizierte Drogenverschreibung und Drogenabgabe (DDD) gilt als eine der erfolgversprechendsten Maßnahmen der schweizerischen Drogenpolitik. Nach der jahrzehntelangen Tabuisierung greift immer stärker die Erkenntnis, daß neue medizinische Konsumangebote notwendig sind. Priorität hat die Dezentralisierung der Drogenszene. Wie in den beiden anderen Städten werden auch in Zürich die vorhandenen Strukturen genutzt, um dem zunehmenden Elend der Abhängigen, der sehr hohen Infektionsrate und der erheblichen Beeinträchtigung des öffentlichen Zusammenlebens entgegenzuwirken. Deshalb orientiert sich auch diese Drogenpolitik an der pragmatischen Frage: Wie kann die Zahl der Kranken und Toten gesenkt werden? Können die Probleme für die Betroffenen und für die Gesellschaft reduziert werden? Können so die gesamtwirtschaftlichen Kosten gesenkt werden, und gelingt es, den illegalen Drogenmarkt zu verkleinern? Die Ergebnisse zeigen hier positive Entwicklungen. Es wird deutlich, daß die kontrollierte Abgabe von Heroin praktisch durchführbar ist.

So wird zum ersten Mal eine Gruppe von Abhängigen erreicht, bei der alle anderen Möglichkeiten gescheitert sind. Und was besonders wichtig ist, es traten keine bisher unvorhersehbaren Nebenwirkungen ein. Nach etwa einem Monat ist die Einstellphase in der Heroinabgabe stabil. Und bereits nach sechs Monaten hat sich die Situation und das Befinden deutlich verbessert. Viele leben wieder in geordneten Verhältnissen und gehen wieder einer Arbeit nach. Ins Programm kommen dabei nur über 20jährige Drogenabhängige, die mindestens zwei erfolglose Behandlungen hinter sich haben und deren medizinischer wie sozialer Zustand erhebliche Defizite aufweist. In Zürich beträgt das Durchschnittsalter der Drogenabhängigen 32 Jahre, diese Personen sind seit mehr als zehn Jahren abhängig, haben oft zehn Behandlungen hinter sich, sind zu 86 Prozent arbeitslos und zu 25 Prozent obdachlos. 40 Prozent sind HIV-Positiv. Die schweizerische Drogenpolitik basiert auf den vier Säulen Prävention, Therapie, Schadensbegrenzung und Repression, dazu soll als Ergänzung die Konsumfreigabe von Heroin kommen. Ziel bleibt auch hier die suchtarmer Gesellschaft.



Besuchte drei große Städte mit erheblichen Drogenproblemen: Jürgen Jentsch (SPD)

vielfache Hilfe entsprechend gesund. Deutlich wurde, daß junge Menschen weniger Heroin, dafür stärker Ecstasy nehmen. Wissenschaftlich kann nicht ausgeschlossen werden, daß im Gegensatz zum Heroin die in Ecstasy enthaltenen oft unbekanntem Zusatzstoffe die Gehirnzellen angreifen und so langfristig Schäden hervorrufen. Inzwischen ist es gerade die Polizei im Nachbarland, die eine Integration der Beratungsstellen in die Polizeistationen fordert, um so ein zeitlich ausgeweitetes Hilfeangebot zu erreichen. Das macht auch deutlich, wie sich das Bewußtsein innerhalb der Polizei und der Justiz verändert hat. Deshalb ist es ganz natürlich, daß Drogenabhängige, die im Strafvollzug sitzen oder sich in klinischer Behandlung befinden, auf Wunsch Methadon erhalten. Insgesamt zeigt sich auch in den Niederlanden, daß durch die umfangreiche Hilfe die Abhängigen wieder integriert werden können. Wichtigstes Ziel ist hier die Schadensbe-



## SPD-Fraktion

### Alle Parteien wollen einen zukunftsfähigen Flughafen

Im Verkehrsausschuß des Landtages haben alle Fraktionen die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Flughafeninfrastruktur für den Wirtschaftsstandort NRW unterstrichen. Dabei schloß sich die CDU-Opposition dem Wunsch der Koalitionsfraktionen an, daß eine konsens- und zukunftsorientierte Entwicklung des Flughafens die berechtigten Interessen der Anwohner und die Belange der Umwelt beachten müsse. In ihrem Entschließungsantrag unterstrich die SPD-Fraktion die Notwendigkeit einer Verlängerung der Start- und Landebahn und unterstützte damit die Auffassung des Verkehrsministers. Der einstimmig beschlossene SPD-Antrag (bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Punkt 3) hat folgenden Wortlaut:

1. Eine leistungsfähige Flughafeninfrastruktur ist für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen notwendig. Im Rahmen dieser Flughafeninfrastruktur ist insbesondere ein moderner, leistungs- und funktionsfähiger internationaler Verkehrsflughafen Düsseldorf als wichtiger Standort- und Wirtschaftsfaktor sowie als bedeutender Arbeitgeber unverzichtbar.

2. Der Flughafen Düsseldorf als wichtigster Flughafen in Nordrhein-Westfalen muß nach der Brandkatastrophe so wiederhergestellt werden, daß er bezüglich seiner Sicherheit, seiner Kapazitäten sowie seiner Leistungs- und Funktionsfähigkeit mit den bestmöglichen Standards – auch im Wettbewerb mit anderen nationalen und internationalen Flughäfen – den zukünftigen Anforderungen entsprechen kann.

3. Über einen Antrag der Flughafengesellschaft Düsseldorf auf Verlängerung der Start- und Landebahn, die die SPD-Landtagsfraktion wie der Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr NRW für notwendig, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für nicht erforderlich hält, ist von der zuständigen Genehmigungsbehörde nach Recht und Gesetz zu entscheiden.

4. Der Landtag NRW unterstützt die Bemühungen der Landesregierung um eine zukunftsorientierte Entwicklung des Flughafens Düsseldorf unter Beachtung der rechtlichen Bedingungen im breiten Konsens mit Beteiligten und Betroffenen und unter Beachtung der berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Belange der Umwelt.

## CDU-Fraktion

### Schwere Niederlage für die GRÜNEN

Als „schwere Niederlage für die GRÜNEN“ hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Linssen, das Münsteraner Urteil im Streit um den Braunkohle-Tagebau Garzweiler II bezeichnet. „Die Richter in Münster haben der grünen Verweigerungs- und Verhinderungsstrategie eine eindeutige Absage erteilt“, erklärte Linssen. „Jetzt muß sich diese Partei entscheiden, ob sie künftig regieren oder weiter boykottieren will.“

Nach Linssens Worten „bestätigt die Gerichtsentscheidung unsere Auffassung, daß der Beschluß zu Garzweiler II von den zuständigen politischen Gremien ordnungsgemäß getroffen worden ist.“ Der CDU-Fraktionschef forderte die GRÜNEN auf, „diesen notwendigen, sachlich begründeten und auch im Landtag mit eindeutiger demokratischer Mehrheit gefaßten Beschluß jetzt endlich zu akzeptieren.“ Die GRÜNEN müßten endlich einsehen, daß ihre Strategie des Totprüfens zu nichts anderem führe als zu einer weiteren Verunsicherung der Menschen im Braunkohle-Revier. Auch die SPD und Ministerpräsident Johannes Rau dürften nun nicht mehr den Bestand der Koalition über das Wohl des Landes setzen, erklärte der CDU-Politiker. „Investitionen und Arbeitsplätze müssen absoluten Vorrang haben.“

#### *Keine Fixerstuben im Land einrichten*

„Justizminister Behrens ist eingeknickt: Er hat vor den Forderungen nach Fixerstuben kapituliert. Dabei steht die Einrichtung von Fixer- oder sogenannten Gesundheitsräumen im Land in krassem Widerspruch zu den Vorgaben des Betäubungsmittelgesetzes.“ Dies erklärte die rechtspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Maria Theresia Opladen, angesichts des jüngsten Vorstoßes von Verwaltungschefs großer Städte und Bemühungen der rot-grünen Landesregierung in diese Richtung. Die CDU verfolge diese Entwicklung mit großer Sorge, machte die Politikerin deutlich. „Die Einrichtung sogenannter Fixerräume unterläuft jegliche Bemühungen zur Vermeidung von Drogenkonsum und führt die Abhängigen nicht aus der Kriminalität heraus.“ Die CDU befürworte statt dessen Hilfsangebote für den Ausstieg aus der Sucht. „Der Minister verlangt jetzt eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes, um den Forderungen nach Fixerräumen nachkommen zu können“, so Maria Theresia Opladen. „Damit schiebt er den ‚Schwarzen Peter‘ wieder einmal der Bundesregierung zu.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Durch Energiesparcontracting Arbeitsplätze schaffen

Mit dem Energiesparcontracting können Arbeitsplätze gesichert und die Umwelt entlastet werden. Beim Contracting finanziert ein privater Investor Energiespartechniken. Diese Leistungen beinhalten die Planungen der Maßnahmen, den Einbau neuer Heizanlagen, der Isolierung der Außenhaut, Schulung des Bedienungspersonals und die Wartung der Anlage. Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt über die gesparten Kosten, die durch den gesenkten Energieverbrauch erzielt werden. Im letzten Jahrzehnt sind zahlreiche neue Technologien zur Einsparung von Energie bzw. Rohstoffen entwickelt und auf den Markt gebracht worden, die in ungeahntem Umfang Energie- und Kosteneinsparungen ermöglichen. Eine drastische Steigerung der Ressourcenproduktivität wird z. B. ermöglicht durch hocheffektive Heizbrenner, Energiesparlampen, sparsame Haushaltsgeräte, energiesparende konventionelle und solare Warmwasserbereitung, Windkraft, Biogasanlagen, neue Technologien bei Nah- und Fernwärme, ressourcensparende Maschinen in nahezu allen gewerblichen Bereichen, verbesserte Wärmeschutzfenster und neue Dämmmaterialien. Die schnelle Ausbreitung der Spartechnologie scheitert daran, daß die Energienutzer sich den Problemen nicht gewachsen fühlen, die mit Energiesparinvestitionen verbunden sind. Insbesondere fühlen sie sich überfordert bei der Finanzierung des zusätzlichen Investitionsbedarfs, der Abschätzung des ökonomischen Risikos, bei Planung, Genehmigung und Bau neuer Anlagen sowie bei Betrieb, Reparatur und Wartung neuer Technologien.

Hier setzt das Konzept des Energiesparcontractings an. Es funktioniert folgendermaßen: Auftragnehmer und Auftraggeber schließen einen Vertrag, in dem festgelegt wird, daß die ausführende Firma die Einsparinvestition finanziert und auch das unternehmerische Risiko für den optimalen Betrieb der Anlage übernimmt. Der Auftragnehmer wird aus den Kosteneinsparungen beim Energieverbrauch bezahlt. Der Auftraggeber hat also fast kein Risiko, er kann Energie und mittelfristig auch Kosten sparen, ohne Bares auf den Tisch zu legen.

Das Land hat mehr als 150 Liegenschaften, deren Energiekosten jährlich über 300 000 Mark liegen. Durch Contracting allein in diesen Gebäuden könnten Investitionen von über 200 Millionen Mark ausgelöst werden. Die Vorteile liegen auf der Hand: Das Land spart auf Dauer Energiekosten, der CO<sub>2</sub>-Ausstoß wird reduziert, und Arbeitsplätze in der Bauindustrie werden gesichert. Die grüne Fraktion setzt sich dafür ein, daß diese Möglichkeit zügig umgesetzt wird, um trotz knapper Kassen durch öffentliche Investitionen Arbeitsplätze in der Bauindustrie zu sichern.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Das Energiesparcontracting bietet für kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere Handwerksbetriebe, ein sehr großes Arbeitsfeld für viele Jahre. Nahezu alle Haushalte und Unternehmen haben hier großen Nachholbedarf. Wenn die Investitionen fachgerecht umgesetzt werden, führen sie zu erheblichen Kosteneinsparungen bei privaten Haushalten, Unternehmen und auch der öffentlichen Kassen. Sie können einen wichtigen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Senkung der Unternehmenskosten und zur Freisetzung privater Kaufkraft leisten. Handwerkskammern und Landesregierung sollten daher umgehend die noch vorhandenen Investitionshemmnisse beseitigen.

## Positives Signal für Lokalfunk Irritationen gegenüberstellen

Die Fraktionen waren sich bei der letzten Sitzung des Hauptausschusses unter der Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Hegemann (CDU) darin einig, daß der Antrag der CDU-Fraktion „Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen stärken“ noch vor der Sommerpause abschließend beraten werden soll.

Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi erklärte, die Stellungnahmen aller Beteiligten am Lokalfunk lägen inzwischen vor und sie hätten Anspruch darauf, daß sich der Ausschuß damit in angemessener Zeit beschäftige und zu Ergebnissen komme. Überdies sei ihr zu Ohren gekommen, daß die Landesregierung beabsichtige, im Herbst eine weitere Novellierung zum Landesrundfunkgesetz vorzulegen. Es sei notwendig, daß der Landesregierung bis dahin die Sicht des Landesparlaments in Sachen Lokalfunk bekannt sei. Für die SPD-Fraktion erklärte Reinhard Grätz, er sei wie Frau Hieronymi der Meinung, daß man vor der Sommerpause abschließen sollte, weil man gewissen Irritationen im Lokalfunk ein positives Signal gegenüberstellen müsse, indem man aus der Diskussion im Parlament keine „Hängematte“ mache und weil eine Novellierung des Landesrundfunkgesetzes anstehe, vor der das Parlament seine Meinung öffentlich zu dokumentieren habe. Der Hauptausschuß will nun am 12. Juni in einer ganztägigen Sitzung abschließend über den Lokalfunk-Antrag beraten (Drs. 12/1348).

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Peter Krug, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 15. Mai, um 9.15 Uhr im Raum E3 Z 03 des Landtagsgebäudes statt.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
Redaktion: Eckhard Hohiwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,  
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801#, FAX  
8 84 30 22  
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags  
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczky (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

Als die junge Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 1995 in den Landtag kam, war das für sie kein Sprung ins kalte Wasser wie bei vielen der Kolleginnen und Kollegen. Das „Wasser“ erwies sich als bereits vorgewärmt, denn die studierte Sozialwissenschaftlerin Ingrid Fitzek hatte schon landespolitische Erfahrung als wissenschaftliche Mitarbeiterin der GRÜNEN-Fraktion gesammelt.

Frau Fitzek hat nichts übereilt in ihrer politischen Karriere. Bevor sie 1989 in die Partei eintrat, schaute sich die gebürtigen Krefelderin erst einmal bei den GRÜNEN am Studien- und Wohnort Duisburg um und machte Jugend- und Stadtteilarbeit im Norden der Stadt. Ihr gefiel, daß man sich engagieren konnte, ohne direkt Parteimitglied werden zu müssen. Sie wollte jedenfalls nicht direkt ein Gesamtbekennnis ablegen, wie sie erzählt. Imponiert hätten ihr die GRÜNEN allerdings von Beginn an, weil sie sich auch dann für ihre Überzeugung eingesetzt hätten, wenn es dafür öffentlich „Prügel“ gegeben habe.

Nachdem Ingrid Fitzek für sich die Frage positiv entschieden hatte, ob sie überhaupt in die Politik gehen sollte, stand fest, daß es keine halben Sachen geben werde. „Kartelleiche“ bleiben — das wollte sie nicht. Dieses „Wenn schon, denn schon“ sieht man der charmanten Frau mit dem dezenten Schmuck nicht auf den ersten Blick an. Sie sei, sagt sie von sich, durchaus kampfbereit, wenn es ihr sachlich notwendig erscheine. Flugs kommt das Gespräch auf das landespolitische Großthema Garzweiler II und die selbstkritischen Anmerkungen von vier grünen Parlamentariern zur rot-grünen Regierungsrealität in Düsseldorf. Ingrid Fitzek war Mitverfasserin des „Busch-Papiers“. Sie findet es schade, daß sie und die drei anderen in den Verdacht gerieten, das Ende der Koalition heraufbeschwören zu wollen. Das Gegenteil sei richtig, betont Ingrid Fitzek. Man wolle eine Trendumkehr, die auch mit Blick nach Bonn aufzeige, daß mit Rot-Grün politisch etwas verändert werden könne im Land. Beim Thema Garzweiler II klingt die Abgeordnete sehr entschieden. Klimapolitisch verheerend sei das Projekt sowie energiepolitisch unnötig und sozialpolitisch nicht zumutbar für die Menschen, die umgesiedelt werden müßten.

„Politik“, findet sie, „muß über eine Legislaturperiode hinaus denken“: „Welche Verantwortung tragen wir für die Zeit, in der wir schon nicht mehr politisch verantwortlich sind?“ Sie jedenfalls würde eher den Koalitionsbruch in Kauf nehmen, statt vom Nein zu Garzweiler II abzurücken.

Ingrid Fitzek ist in der Fraktion für Wissenschaftspolitik zuständig. Zur Kommunalpolitik verspürt sie keinen Drang, ebensowenig zur Bundespolitik: „Landespolitik ist für mich das Richtige.“ Politische Vorbilder hat sie nicht. Eine Mitgliedschaft in anderen Parteien kam für sie nie in Frage. Sie entstammt keinem



Ingrid Fitzek (GRÜNE)

politischen Elternhaus. Zu Hause betrachtete man den Eintritt der Tochter in die Partei skeptisch, heute begegnet ihr „kritische Solidarität“. Die Mutter hat sich indes noch nicht zur GRÜNEN-Wählerin entwickelt.

Ingrid Fitzek hat ein Faible für England. Anfang der achtziger Jahre war sie als Studentin ein halbes Jahr in Sheffield. Sie mag die englische Sprache, die französische fiel ihr stets schwerer. Damals in Sheffield erlebte sie zwar eine Stadt in „wunderschöner Umgebung“, aber mit großen Strukturproblemen einschließlich Arbeitslosigkeit. Zum erstenmal sei ihr Armut im Straßenbild aufgefallen. Das habe es zu der Zeit zu Hause noch nicht gegeben. Sie setzt hinzu: „Das ändert sich leider“, woran die Bundespolitik nicht unschuldig sei. Bundespolitisch laufe vieles schief, Kommunen und Länder könnten nicht alles ausgleichen. Der Wegfall von Alt-Arbeitsplätzen lasse sich nicht so schnell kompensieren. Auch deshalb halte sie es für Augenwischerei, in den öffentlichen Haushalten zu rigoros zu sparen. Menschen zu entlassen, mit der Folge, daß viele der Entlassenen anschließend die Sozialämter bevölkern — das könne nicht Sinn der Sparanstrengungen sein.

Die Abgeordnete aus Duisburg befürwortet zwar Solidarität mit den neuen Ländern, jedoch nicht nach dem Gießkannenprinzip. Strukturhilfen dürften nur dorthin fließen, egal ob in neue oder alte Länder, wo sie noch benötigt würden.

Der Privatmensch Ingrid Fitzek zählt zur Mehrzahl derjenigen, die gerne verreisen. Wie gesagt: England bevorzugt sie wegen der Sprache, der Mentalität der Bewohner und trotz der Küche. Italien schätzt sie der Schönheit des Landes, der Leute und der Küche wegen — und auch, weil dort der Bruder ihres Lebensgefährten lebt.

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 15. bis 20. Mai 1997

15. 5. **Regina van Dinther** (CDU), 39 J.

20. 5. **Sigrid Klösiges** (SPD), 59 J.

20. 5. **Franz-Josef Britz** (CDU), 49 J.

**Wolfgang Clement** (SPD), Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr und Landtagsabgeordneter, ist in Baden-Baden mit der Alexander-Graham-Bell Medaille ausgezeichnet worden, nach Angaben seines Ministeriums „eine der begehrtesten Auszeichnungen der Telekommunikationsbranche“. Die Medaille wird vom VAF Bundesverband Telekommunikation, einem bundesweiten Zusammenschluß von über 220 mittelständischen Kommunikationsanbietern, vergeben. Die Laudatio in Baden-Baden hielt **Dr. Christian Schwarzschilding**, ehemaliger Bundesminister für Post- und Telekommunikation, der Clements „vorbildliche Arbeit“ im Bereich der Kommunikations- und Medienwirtschaft sowie für den Mittelstand hervorhob. Auch der erste Vorsitzende des VAF, **Helmut Schmidt**, wies auf Clements Einsatz für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der Medien- und Telekommunikationswirtschaft hin. Laut Wirtschaftsministerium des Landes erwirtschafteten die im VAF Bundesverband organisierten mittelständischen Unternehmen mit mehr als 4 500 Beschäftigten einen Umsatz von 1,5 Milliarden Mark. Der VAF sei der größte Verband der Telekommunikationsbranche in Deutschland, hieß es.

★

**Bodo Hombach** (SPD), Landtagsabgeordneter und wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion, ist mit 168 von 204 Delegiertenstimmen beim Unterbezirksparteitag der SPD in Mülheim a.d. Ruhr zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt worden. Vorsitzender wurde mit knapp 77 Prozent Stimmanteilen der frühere Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses **Gerd Müller** (SPD). Zum Spitzenkandidaten für die Wahl zum Amt des Mülheimer Oberbürgermeisters 1999 wählten die Delegierten beinahe geschlossen den früheren SPD-Bundestagsabgeordneten **Thomas Schröder**.

★

**Jochen Kehlenbach** ist von Innenminister **Franz-Josef Kniola** (SPD) zum neuen Präsidenten des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen ernannt worden. Kehlenbach hat damit die Nachfolge von **Albert Benker** angetreten, der fast 23 Jahre an der Spitze des Amtes stand. Der neue Präsident hat Volkswirtschaft in Köln studiert und war 1971 in das damalige Statistische Landesamt eingetreten. 1987 übernahm er die Leitung der Landesdatenverarbeitungszentrale. Seit 1993 war Kehlenbach Vertreter des LDS-Präsidenten und Chef der zentralen Abteilung „Verwaltung und Information“. Das Landesamt hat zwei Aufgabebereiche. Es berät Landtag, Landesregierung und Rechnungshof in Fragen der Informationstechnik und führt IT-Aufgaben für die Landesverwaltung durch. Als Träger der amtlichen Statistik stellt das LDS Datenmaterial über soziale und wirtschaftliche Gegebenheiten in NRW zusammen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Schluchzen betörte auch Beethoven

Wenn im Mai das Gezitscher der Vögel anschwillt, sticht der Gesang der Nachtigall besonders hervor. Die Männchen, die früher aus den Winterquartieren zurückkehren, locken damit die Weibchen in ihr Revier. Leider ist die „Königin“ unter den Singvögeln, die die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten zum „Tier des Monats Mai“ erklärt hat, längst nicht mehr überall zu hören. Aufgeräumte Gärten, Parks und Landschaften ohne Gestrüpp haben ihr vielerorts den Garaus gemacht. Seit 1986 steht sie in NRW auf der Roten Liste. So unscheinbar die Nachtigall mit ihrem bräunlich gefärbtem Rücken und der grau-weißen Unterseite aussieht, so auffällig ist ihr Gesang vom Abend bis zum frühen Morgen. Innerhalb einer Stunde kann ein Nachtigall-Männchen bis zu 400 Strophen singen. Die Nachtigall hat übrigens auch Ludwig van Beethoven betört. Er war von dem Schluchzen des Vogels so angetan, daß es Eingang in seine 6. Sinfonie, die Pastorale, fand (Bild oben). Hermann Hesse nannte sie „Blumen mit Flügeln“, die Schmetterlinge (Bild unten). Die Landesanstalt weist darauf hin, daß man schon jetzt an ihren Schutz denken sollte. Hierzu gehöre der Verzicht auf Insektengifte im Garten. Auch dürfe der Kurzrasen ruhig einmal zur Wiese heranwachsen. Flockenblumen, Lichtnelken, Johanniskraut und Wiesensalbe böten Schmetterlingen reichlich Nahrung, ebenso ein Blumenbeet mit Krokus, Lavendel, Fetthenne und Steinkraut.

Fotos: Dr. Woike/Hellmann